

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.15 Mk., bei Selbstabholung 1.05 Mk.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.25 Mk., bei Selbstabholung 1.15 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.45 Mk., für 1 Monat 1.15 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7 gespaltene Pettzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plakatschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Deutsch-österreichische Offensive an der Isonzofront.

Die „Einigungs“-resolution von Würzburg.

In unsern Meldungen vom Würzburger Parteitag haben wir die dort angenommenen Anträge und Resolutionen nur kurz charakterisieren können. Es ist aber angebracht, die Resolutionen zur Einigungsfrage, die nach den Debatten über dieses Thema zur Abstimmung standen, im Wortlaut mitzuteilen.

Angenommen wurde zunächst die Resolution der Wahlkreise Nürnberg-Mittdorf, Würzburg und des 6. pfälzischen:

Im Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit einer ungebrochenen Front — eine Notwendigkeit, die für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterklasse als politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Vorden voraussetzt jeder erfolgreichen Widerstand ist, fordert der Parteitag alle Genossen auf, den Willen zur Parteieinheit zu stärken und diesem Willen alle andern Gegensätze zu unterwerfen. Nur so kann dem sinnwidrigen Zustande ein Ende bereitet werden, das unsere Bewegung, die immer Ausdruck eines auf die Zukunft gerichteten Strebens war, sich um etwa verfehlte Gelegenheiten der Vergangenheit sankt und um diesen Sankt auf dem Sprünge steht, wichtige Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der Arbeiterklasse zu verfehlen.

Eine Partei, die für die Verständigung der Völker wirkt und für den Frieden der Nationen eintritt, darf nicht nur Mittel und Wege verlegen sein, in die eigenen Reihen einheitlichen Sinn und Willen, unbeschadet der abweichenden Auffassungen im Einzelfall, zu bringen.

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteistreit beizulegen, indem das große Ziel unserer Bewegung wieder ins Bewußtsein der Massen gerückt wird — die einheitliche Aktion der Proletarier aller Länder!

In diesem Sinne beauftragt der Parteitag alle Parteiorganisationen und vor allem die Parteipresse und den Parteivorstand, bei nächstlicher Gelegenheit zu handeln.

Diese Resolution, die man allenfalls als ein ehrliches Bekenntnis zur Einigungsbereitschaft gelten lassen könnte — über die herabsetzende Bezeichnung des Kampfes um die Grundzüge des Sozialismus als „Jan!“ muß man dabei freilich hinwegsehen — wird aber nun in ein besonderes Licht gestellt durch die Ergänzung, die sie durch die Resolution Severing und Genossen erfahren hat. Diese lautet:

Durchführungen von der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitslichkeit möglich ist, teilt und unterstützt der Parteitag alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteieinheit gerichtet sind. Die Parteieinheit steht in einer demokratischen Partei bei größter Zuhaltung aller Meinungsverschiedenheiten jedoch die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit voraus. Der diesen Grundsatzen nicht anerkennt, verneint eine der Lebensbedingungen der Partei, die alle Kräfte zu einem einheitlichen Willen zusammenschließen muß. Alle Bestrebungen auf Herbeiführung der Parteieinheit müssen deswegen die Forderung auf Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen.

Das beste Mittel zur Herbeiführung der Parteieinheit erblickt der Parteitag in der Stärkung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er fordert darum die Massenbewachte Arbeiterklasse Deutschlands auf, sich ihr anzuschließen. Die Ausbreitung ihrer geschlossenen Organisation bildet die sicherste Gewähr dafür, daß die schweren politischen Kämpfe der Zukunft erfolgreich für die Arbeiterklasse ausgehen werden.

Mit der Annahme dieser Entschließung hält der Parteitag die Anträge 3-14 und 50 für erledigt.

Der also erledigte Antrag 50

war der folgende von Adolf Braun-Nürnberg und 57 Genossen unterzeichnete:

Durchführungen von der Ueberzeugung, daß eine erfolgreiche Wirksamkeit der Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitslichkeit möglich ist, teilt und unterstützt der Parteitag alle Bestrebungen, die auf die Herbeiführung der Parteieinheit gerichtet sind.

Die Parteieinheit muß erwachsen aus dem Erkenntnis der großen Schwierigkeiten, in die das Proletariat durch die tief einschneidenden Nachwirkungen des Krieges gezwungen werden wird. Die geschlossene Front in der Arbeiterbewegung ist eine Notwendigkeit, wenn nicht der im Kriege übermächtig gewordene Kapitalismus jede Widerstandskraft der Arbeiterklasse lähmen soll. Deshalb muß jeder Weg, jede Gelegenheit benutzt werden, um die Hindernisse, die das Gelingen zur Einheit in Frage stellen, aus dem Wege zu räumen.

Im richtigen Augenblick in diesem Sinne zu wirken, erscheint eine Aufgabe, die bloß eine diesem Zwecke allein dienende Kommission erfüllen kann. Wir beantragen deshalb, eine Kommission von treuen Mitgliedern mit dem Recht der Kooptation zu wählen, die sich

diesen Aufgaben widmet und dem nächsten Parteitag Bericht zu erstatten hat.

Mit der Annahme dieser Entschließung hält der Parteitag die Anträge 3 bis 14 für erledigt.

Man beachte wohl: die Resolution Severing macht dem Einigungsgedanken eine kühle Verbeugung, setzt dann aber als Bedingung die unumwundene unverfälschte Anerkennung aller Beschlüsse, die die Mehrheit gefaßt hat. Jede Berücksichtigung der grundsätzlichen Forderungen, die die Unabhängige Sozialdemokratie zu stellen hätte, wird von vornherein abgelehnt; sie müßte sich bedingungslos unterwerfen, wenn sie diese Einigung haben wollte. Sie dürfte nicht den Anspruch erheben, als gleichberechtigte Kontrahentin zu verhandeln. Direkt einer Absage an die Einigungswünsche aber kommt der letzte Absatz der Resolution Severing gleich, der für das beste Mittel zur Herbeiführung der Parteieinheit die Stärkung der regierungssozialistischen Partei erklärt. Er ist ein Ausfluß der von den Regierungssozialisten eifrig genährten Hoffnung, daß die Unabhängige Sozialdemokratie nach dem Kriege zu einer Sekte herabsinken werde, mit der man wegen ihrer Bedeutungslosigkeit eine Einigung nicht vorzunehmen brauche. Die deutsche Arbeiterklasse wird diese Hoffnung freilich elend zuhause machen.

Noch schärfer wird aber die Bedeutung dieser beiden Resolutionen ins Licht gerückt durch die Ablehnung der Resolution Braun, die eine Kommission forderte, die die Einigungsarbeit vorzubereiten und die durch die „richtigen Augenblicke“ aufzunehmen hätte und dem nächsten Parteitag Bericht erstatten sollte. Damit wäre die Einigungsfrage ohne weiteres auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gesetzt worden. Diese positive Maßnahme hat der Parteitag abgelehnt. Er hat sich mit einer bloßen Sympathieerklärung begnügt, die zu nichts verpflichtet und die durch die Resolution Severing bedrohlich flankiert wird. Die Sympathieerklärung genügt ihm für den Zweck, seine Partei den arbeitenden Massen als die zur Einigung Geneigte hinzustellen, die viel besser ist, als die bösen Unabhängigen, die offen und ehrlich eine Einigung auf Kosten der Grundzüge ablehnen. Die Massen sollen sehen, wer die Einigung will und wer sie nicht will, sagte Herr Landsberg.

Wir halten eine Einigung in gegenwärtiger Zeit wegen der tiefgehenden grundsätzlichen Gegensätze, die die Entwicklung zwischen uns und den Regierungssozialisten aufgerissen hat, für gänzlich aussichtslos. So hoch das Gut der Einigung anzuschlagen ist, mit der Aufgabe der sozialistischen Grundzüge würde sie die deutsche Arbeiterbewegung zu teuer erkaufen. Wir hoffen auf eine Zeit, wo die Erkenntnis, die die bittere Erfahrung vermittelt, die Gegenseite von der Notwendigkeit überzeugen wird, den verhängnisvollen Weg zu verlassen, den sie eingeschlagen hat. Dann kann eine Einigung möglich werden, nötigenfalls gegen widerstrebende Führer. Aber bis dahin ist noch ein harter Weg — es nützt nichts, wenn wir uns darüber täuschen wollten. Wir würden deshalb die Regierungssozialisten nicht anklagen, wenn sie ebenso ehrlich wie wir aussprechen würden, daß zur Zeit eine Einigung nicht möglich ist. Angenagelt aber muß das sorgsam auf den Effekt berechnete Fechterkunststück werden, das dem Gegner die ganze Schuld an der Fortdauer der Spaltung aufzählen soll. Und die Beschlüsse der Würzburger Parteitagung zur Einigungsfrage sind ein solches übles Fechterkunststück.

Eine politische Maßregelung.

Mitte Juni 1915 wurden, wie noch bekannt sein dürfte, in Karlsruhe (Baden) ca. 15-20 Personen verhaftet, weil sie Flugblätter gegen den Krieg verbreitet hatten. Es handelte sich um das Manifest der internationalen Frauenkonferenz in Bern. Später gesellte sich zu diesen noch eine Anzahl aus andern Orten wie Stuttgart und Ulm, darunter der Genosse Westmeyer und die Genossin Klara Jettin.

Von diesen wurden acht Genossen unter Anklage des versuchten Landesverrats gestellt. Unter ihnen befand sich der Genosse Bernh. Kruse aus Karlsruhe. Er war seit 1905 im Betriebe der Eisenbahnhauptwerkstätte als Schlosser tätig und bekleidete dort das Ehrenamt eines Arbeitervertreters, das ihm von seinen Arbeitskollegen übertragen worden war.

Im Juli 1915 wurde ihm folgendes Schriftstück zur Unterschrift in seiner Zelle vorgelegt:

Arbeiterpensionskasse der bad. Staatsbahnen und Salinen, Bescheid über Beitragsverhaltung aus Abteilung B.

Karlsruhe, den 3. Juli 1915.
Der Schlosser Bernhard Kruse zu Karlsruhe, welcher seit dem 6. Mai 1907 Mitglied der Abt. B. obiger Pensionskasse war, ist mit dem 19. Juni 1915 zur Strafe ohne Aufkündigung des Dienstverhältnisses aus der Verhältnisse der Groß- bad. Staatsbahnenverwaltung entlassen worden. Einen Anspruch auf Invalidenzrenten hat er nicht erworben.
Der Vorstand.

Damals schrieb die Parteipresse zu dieser Sache:
„Zur Strafe ohne Aufkündigung des Dienstverhältnisses“. Wir nehmen an, daß diese ungewöhnliche und unverständliche Ausdrucksweise von der badischen Regierung noch eine Auslegung erhält, die ausschließt, daß man den Rechtsstaat Baden aus den modernen Kulturstaaten freischießen müßte, zu denen er gehören er bisher einen Anspruch erhoben hatte. Selbstverständlich wird der Landtag, der im Winter zusammentritt, sich mit dieser Justiz der „neuen Aera“ zu befassen haben.

Im Winter 1915/16 wurde im badischen Landtag eine Interpellation in dieser Sache an die Regierung gerichtet, auf die der Minister Dr. Rheinbold antwortete, daß die „Entlassung des Kruse zur Strafe ohne Aufkündigung des Dienstverhältnisses“ auf einen überreichten Schritt einer untergeordneten Behörde zurückzuführen sei und je nach Ausgang der Sache der Weiterbeschäftigung des Kr. nichts im Wege stehe.

Gestützt auf diese Erklärung, versuchte Genosse Kruse nach seiner erfolgten Entlassung aus der Untersuchungshaft in seiner früheren Arbeitsstelle bis zum Prozeß wieder weiterbeschäftigt zu werden. Erfolglos!

Im Juni d. J. fand nun vor dem Reichsgericht die Verhandlung statt, die mit dem Freispruch sämtlicher Angeklagter endete.

Abermals im Vertrauen auf ein gegebenes Ministerwort richtete Genosse Kruse, der sich seit Mitte vorigen Jahres im Felde befindet, an die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen die Anfrage, „ob sie gewillt und in der Lage sei, seiner Familie die den zur Fahne einberufenen Arbeitern der badischen Staatsbahnen gewährte Familienunterstützung zukommen zu lassen“.

Auf diese Anfrage erhielt er nun am 2. September folgende Antwort:

Gr. Generaldirektion der bad. Staatsbahnen.

Nr. 4160 B.

Auf Schreiben vom 14. August 1917.

Karlsruhe, den 1. September 1917.
Wir sind nicht in der Lage Ihrer Familie die den Kriegsteilnehmern gewährte Unterstützung zukommen zu lassen, weil Sie endgültig aus dem Dienst der groß. Eisenbahnverwaltung ausgeschieden sind. Auch eine spätere Wiederaufnahme kann trotz der Freisprechung nicht in Frage kommen, da Sie unbestrittenemahen die Aufhebung verurteilt und auch nach Kriegsausbruch in Versammlungen zum Ausdruck gebracht haben, daß der Regierung im Reichstag keine Mittel für den Krieg hätten bewilligt werden dürfen.
An den Gezeiten Bernhard Kruse ufm.

Unterzeichnet ist das Schreiben mit dem Namenszug des Oberbaurats Courtin.

Eine politische Maßregelung im Zeichen der „Neuorientierung“! Und zwar im „Musterlande“ Baden! Müßten doch die Kolb und Konforien stolz auf ihre Regierung sein, die Minister in ihren Reihen sitzen hat, die zwar wohlfeile Versprechungen zu machen imstande sind, aber wenn es sich darum handelt, diese Versprechungen einzulösen, versagen wie Blindgänger. Wie paßt denn diese Antwort der Generaldirektion der badischen Bahnen zum Kaiserwort: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ Und seit wann ist denn die „liberale“ badische Regierung so unduldsam gegen politische Andersdenkende? Der politische Standpunkt des Genossen Kruse war ihr und mußte ihr schon vorher bekannt sein. Er hat oft und deutlich genug denselben in Versammlungen präzisiert, wie das in den Berichten des kolbischen Volksfreund zum Ausdruck kam.

Jedoch täuschen wir uns nicht! Wir leben ja im Zeitalter der „Demokratisierung“. Und daß wir darin leben, daran werden wir mit aller Deutlichkeit durch diese politische Maßregelung erinnert. Nota bene, der Genosse Kruse befindet sich im Felde seit Mitte des vorigen Jahres und tut seine Schuldigkeit wie jeder Soldat. Darauf nimmt man aber keine Rücksicht.

„Das ist der Dank für den Soldat.
Der für sein Vaterland gestritten hat.“

Kombinationen.

Die innere Krise ist nach wie vor vollständig ungeklärt. Die Kombinationen wuchern dafür um so üppiger. Drei Meinungen verdienen es, aus dem Wust der vielen einander kreuzenden Behauptungen hervorgehoben zu werden. Einmal die der alldeutschen Deutschen Zeitung, die sie an der Spitze ihres Blattes in auffälliger Sache bringt: „Lösung der Kanzlerkrise. Wir glauben zuverlässigste Anhaltspunkte zu der Annahme zu haben, daß Dr. Michaelis als Reichstanzler im Amte bleiben wird.“ Die Kanzlerkrise hat somit ihre Lösung bereits gefunden.“

Mit dieser Behauptung ließe sich vereinbaren eine Notiz der Hoffischen Zeitung, wonach die Krone nach allen Umständen eine Umformung der Regierung nicht für notwendig halten könne. Sie halte dafür, daß die Hinwirkbildung der endgültigen Lösung keinem energischen Widerstand bei den Parteien begegnen werde. In der Zwischenzeit solle der Kanzler versuchen, sich einen Arbeitsstab zu bilden, in dem naturgemäß die Sozialdemokratie nicht vertreten sein werde, der jedoch eine Unterstützung bei den Konservativen, wenn auch nicht durch ihren formellen Beitritt, erfahren würde. Einzelne Persönlichkeiten der Regierung glaubten, daß die Sozialdemokratie in Konsequenz ihrer bisherigen Haltung die Kriegskredite ablehnen, dadurch den Block der Mehrheitsparteien endgültig zerreißen und die bürgerlichen Parteien des Reichstags zu einer neuen Mehrheitsbildung zwingen würden.

Es bestünde also bei der Regierung der Plan, die Regierungsozialisten zu isolieren, ein Regiment gegen die Scheidemänner aufzurichten. Daß solche Reaktionen eintreten, ist nicht unwahrscheinlich, trotz aller Liebesdienste, die die Herren dem herrschenden System schon geleistet haben.

Dem Vorwärts scheint auch schon eine Ahnung davon aufgefliegen zu sein. In seiner Mittwochnummer äußerte er sich ziemlich resigniert. Bleibe die Lösung der Krise aus, die seine Partei zu fordern habe, so werde sie mit dem guten Gewissen, ihre Pflicht getan zu haben, ihre alte Kampfstellung wieder beziehen und in der Opposition, wie das ihren Ueberlieferungen entspreche, die Volksinteressen weiter vertreten. In diesem Sinne erwarte sie ruhig, was aus der Gärung dieser Tage werde. Sie sei auf alle Fälle gefaßt, für alle Fälle bereit.

Bei der Beurteilung dieser Äußerungen wird man sehr vorsichtig sein müssen. Solche Ankündigungen der einen wie der anderen Seite sind bis zu einem gewissen Grade taktische Schachzüge, Bluffversuche, die die Gegner einschüchtern wollen. Was hinter den Worten steckt, das werden erst die Ereignisse selber erhärten. In der international-liberalen Presse wird übrigens eine andere Möglichkeit aufgezeigt. Sie soll in der Einigung zwischen Krone und Volksvertretung auf ein Programm bestehen, das etwa folgendermaßen zu formulieren wäre:

Eine auswärtige Politik, die nicht etwa die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli, die ja inzwischen durchaus überholt ist, und gegen die sorgfältigste Stimm zu laufen darum eigentlich mehr behagen als Mißverrat, sondern unsere Antwort auf die Papstnote den Weg zu weisen hätte, von der man ruhig sagen können, daß sie von der Zustimmung der weit überwiegenden Mehrheit des Reichstages getragen wird. Eine rasche und tonale Durchsührung der preussischen Wahlrechtsreform, etwa in dem Sinne, daß sie ohne Verkleppung und ohne Verhinderung mit Materien, die nicht zu ihr gehören, die Weichheit unter Tack und Nach gebracht wird; ferner die Aufhebung der politischen Zensur und eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen.

Ueber alle diese Dinge sollen, nach den Versicherungen dieser Blätter, unter allen Teilnehmern der internationalen Besprechungen politische Kompromisse eingetrieben werden. Trifft das zu, so wären also die Regierungsozialisten bereit, die Friedensresolution vom 19. Juli preiszugeben zugunsten der noch viel unbestimmteren Antwort der deutschen Regierung auf die Papstnote, um in der Mehrheit bleiben zu können. Das wäre dann freilich eine bitterböse Satire auf die geschwollenen Worte von Würzburg. Aber auch wenn es anders kommt, wenn die Regierungsozialisten wirklich in die Opposition gehen müßten, nachdem sie von ihren bisherigen Bundesgenossen gründlich im Stich gelassen worden sind, wäre das keine Rehabilitierung der Partei Scheidemann, sondern nur das widerwillige Eingeständnis des Bankrotts einer grundlosen Taktik.

Die russische Demokratie und der Friede.

Wir erwähnten gestern, im Anschluß an die halbamtliche Rundschreibung zum Friedensprogramm der A- und S-Räte, den in Gorkis Organ veröffentlichten Brief des früheren russischen Gesandten in Tokio, Baron Rosen, der sich in schärfster Weise gegen die friedensfeindliche Haltung der bürgerlichen und sozialpatriotischen Presse, wie überhaupt gegen die Machenschaften einer „kleinen, aber einflussreichen Minderheit“ wendet. Zu diesem Brief äußert sich Genosse W. Tschow in der Rabotshaja Gazeta, dem Organ der gemäßigten Mehrheit der Menschewiki, in folgender, auch für die deutsche Arbeiterklasse sehr bemerkenswerten Weise:

„Baron Rosen's Erklärung ist außerordentlich zeitgemäß. Das neue Kabinett hat den Punkt über eine aktive äußere Politik zur Herbeiführung eines schnellen Friedens angenommen. Demnach steht eine neue Konferenz der aliierten Regierungen über die Frage der Revision der Bündnisverträge statt, wobei von seiten Russlands auch ein Vertreter der Demokratie an der Konferenz teilnehmen wird. Auf dieser Konferenz muß Klipp und klar und mit einer keinen Zweifel hinterlassenden Deutlichkeit die von Baron Rosen aufgeworfene fundamentale Frage gestellt werden: Die Vertreter Russlands werden von den verbündeten Regierungen eine unabweisende Erklärung darüber erzwingen müssen, welche Hindernisse gegenwärtig, von ihrem Standpunkt aus, für die Einleitung von Friedensverhandlungen bestehen. Zugleich wird auch ihre Haltung zu der russischen Friedensformel aufgedeckt werden, und das freie Russland wird erfahren, wo für es nach wie vor verbleibt und seine Kräfte verschwendet: für einen demokratischen Frieden oder für fremde Eroberungsgelüste.“

Die Stimme des im diplomatischen Dienst ergrauten unvoreingenommenen Mannes, der keineswegs Sozialist ist, muß als neue Warnung für die Demokratie und vor allem für die Arbeiterklasse erschallen: Lasset die Fortsetzung des Betruges nicht zu, lasset eure Aufmerksamkeit nicht von der Grundfrage

ablenken — wofür sind denn eigentlich die Hindernisse für die Einleitung der Friedensunterhandlungen?

Auf eines dieser Hindernisse weist Herr Hans W. in der gestrigen Nummer des Berliner Tageblatts hin. Nach einer allgemeinen Betrachtung über die Friedensbestrebungen der russischen Demokratie und das Friedensprogramm der A- und S-Räte stellt er fest, daß zahlreiche Anzeichen auf eine neue Wendung in der russischen Friedenspolitik hinweisen. Es scheint, bemerkt er zum Schluß, „als wenn sich Russland schnell zu einer entschlossenen und entscheidenden Haltung entschließen dürfte, wenn sich dort die Ueberzeugung durchsetzte, daß die Regierungen der Mittelmächte ohne Hintergedanken zu einem allgemeinen Frieden der Verständigung bereit sind. Das Mißtrauen, das in Russland gegen die Mittelmächte besteht, hat seine größte Stütze darin, daß die deutsche Regierung den „praktischen Schritt zum Frieden“, den sie von seiten des Sowjets begrüßt, nämlich den Schritt zu einer bestimmten und detaillierten Stellungnahme in den Friedensfragen, nach russischer Auffassung selbst noch nicht getan hat.“

Diese Auffassung der Lage ist durchaus zutreffend. Wo sind aber bei uns jene Kräfte, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die Herrschaft der Zweideutigkeit und Unklarheit in der Friedensfrage einsetzen, die nach wie vor das Haupthindernis des Friedens bilden!

Eine Rede Kerenskis im Vorparlament.

Petersburg, 23. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Im Vorparlament hielt Kerenski folgende Rede: Ich möchte zum Beginn, soweit das in einer öffentlichen Sitzung möglich ist, das Programm der Regierung über die Organisation des Exekutivorgans, welches sie in der Zeit ausführt, als ich Ministerpräsident, Kriegsminister und Oberbefehlshaber war. Die Regierung war stets der Ansicht, daß die bewaffneten Kräfte dem freien demokratischen Volke in seiner Gesamtheit, nicht aber einzelnen Klassen dienen müssen, und sie ist glücklich, hier feststellen zu können, daß das Volk vom Beginn der Revolution an diesen Grundsatz angenommen und seit jener Zeit keine Abweichungen mehr veranstaltet hat, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen und Versuchen zur Wiederherstellung der alten Regierungsform. Erinnern Sie sich der Bewegung Kornilows, deren unbeabsichtigtes Ergebnis eine Schwächung der Organisation des Landes und ein schrecklicher Schlag für die Mannszucht und Kampfbereitschaft der Armee war. Dieser Versuch, sowie der maximalistische Aufstand im Juli wurden von der Regierung energisch unterdrückt, der sich im Augenblick der Gefahr zahlreiche Arzelle der russischen Demokratie anschlossen. (Beifall.) General Alexewitsch hat unter Meer als unfähig zur Erfüllung seiner Pflicht hingestellt. Ich erhebe Widerspruch gegen diese Behauptung. Es ist wahr, unsere bewaffneten Kräfte sind in Auflösung, aber die Revolution erhielt eine bereits aufgelöste und im Verfall befindliche Armee. Seit der Proklamation der revolutionären Regierung verschlimmerten Elemente, die sich der wirklichen Tragweite der Ereignisse nicht gänzlich bewußt waren, ohne Verständnis für die gesellschaftlichen und politischen Ausichten, die erwählte Auflösung des Heeres und verzögerten durch ihr zu rätselloser Vorgehen dem Exekutivorgan. Die Regierung beschloß damals, ohne zu Unterdrückungsmaßnahmen ihre Zuflucht zu nehmen, die traurigen Folgen des begangenen Fehlers, und dank der Wirksamkeit der verständigeren militärischen Kreise erlangten wir den bekannten Erfolg im Juni und Juli. Diese Tage waren der größte Triumph der russischen Revolution.

Nur danach wurde der Verräterkrieg gegen die Revolution geführt. Der Feind durchbrach unsere Front, und Meer und Heimat wurden Zeugen des Treuens von Kaluzja und Tarnopol, der ihnen die Ketten der zaristischen Regierung wieder ins Gedächtnis rief. Der Feind dauert im südlichen Russland noch jetzt an. Der Mann, der die Verantwortung für die neue Lage der Dinge auf sich genommen hatte vor dem russischen Volk und der Geschichte und im Namen der demokratischen Mehrheit, die er immer vertreten hatte, erklärt: Wir haben unser Möglichstes getan und sind nicht schuldig, wenn das Ansehen der Revolution bei einem bestimmten Teile der Bevölkerung schmiedet. In der Tat hat die Regierung revolutionäre Kriegsgesetze geschaffen und die Todesstrafe wieder hergestellt, hat es aber in dem Augenblick der furchtbaren Pogrome getan, nicht auf Wunsch des Oberkommandos oder der militärischen Kommissare, sondern auch infolge des Drängens der Regimentsausschüsse. Jetzt haben sich in der ganzen Armee die Kommandostellen mit verunsicherten und wahrheitsliebenden Leuten gegen die Anarchie und Zerrüttung verbunden, für die die Verantwortung nicht die unzufriedenen Massen trifft, sondern diejenigen, die sie verbrochen haben.

Die letzten Kämpfe in Gallien unter Kornilow sollten ein für allemal das Märchen zerstören, daß die Mehrheit der Offiziere Revolutionäre und Feinde der russischen Freiheit wären. Nur eine regelrechte Organisation und eine Gleichstellung dieser drei Instanzen, des Kommandos, der militärischen Kommissare und der Regimentsausschüsse, können eine Armee schaffen, deren kriegerischer Geist und Kampfbereitschaft und gestaltet werden, den Vertretern des russischen Volkes in der nächsten geschäftlichen Versammlung zu sagen:

„daß die feindliche Offensive aufgehalten werden wird.“

Ich schließe meine Rede mit der Bitte, in Ihrer späteren Tätigkeit der Regierung zu helfen und mit ihr zusammenzuarbeiten. Später ergriff Marineminister Berdewew das Wort. Der Admiral sprach von den gegenseitigen Beziehungen zwischen den Offizieren und Matrosen und stellte fest, daß sie in Ruval normal, dagegen in Ostasien sehr gespannt seien, wo Bruderblut geflossen sei. Aber die Schuld dafür liege weder bei den Matrosen noch bei den Offizieren, sondern bei den Feinden des Volkes, die seinen Untergang wollten.

Der Minister schloß mit den Worten: Ich hoffe, daß die Frage der Mannszucht schließlich auf der Grundlage wechselseitiger Vertrauen zwischen den Matrosen und Offizieren an Bord aller Schiffe gelöst wird, wie sie bereits bei der Artillerie auf den Schiffen durchgeführt ist, die an den Kämpfen im Baltischen Meerbusen teilgenommen haben.

Das Vorparlament hat einen Ausschuss der nationalen Verteidigung gewählt, der sich aus 41 Mitgliedern zusammensetzt.

Die Regierung und die Kriegsziele des Arbeiter und Soldatenrats.

Petersburg, 23. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Hinsichtlich der von Arbeiter- und Soldatenrat der Vertreter auf der Pariser Konferenz, Stobelen, erteilten Anweisungen wird im Ministerium des Aeußeren betont, daß diese Anweisungen für die Mitglieder der russischen Abordnung für die Konferenz keinen bindenden Charakter haben. Das Ministerium ist der Ansicht, daß sämtliche Mitglieder dieser Abordnung vor allem Vertreter der bolschewistischen Regierung sein werden und infolgedessen ein gemeinsames Programm demnach zu verteidigen haben werden. Die Regierung hat die Probleme und Ziele der Konferenz erörtert und besonders das Programm, welches ihre Vertreter in Paris darlegen sollen, wobei sie sich einzig und allein von dem Stand der Interessen Russlands leiten ließ. Die Zusammenlegung der Abordnung ist noch nicht bestimmt. Nach Empfang der Anweisungen des Arbeiter- und Soldatenrats stellen die russischen

Diplomaten ihren einseitigen Charakter fest und wiesen darauf hin, daß man darin viel von den Pflichten Russlands und seiner Verbündeten spreche, aber kein Wort von den Pflichten Deutschlands und Oesterreich-Ungarns, so daß die Anweisungen mit Stillschweigen über die politische Regierungsform des deutschen Volkes sowie der tschechischen Länder und der andern slavischen Gebiete Oesterreichs mit Stillschweigen hinweggingen.

Vom Tage.

In Polen ist eine neue Differenz zwischen der Bevölkerung und der deutschen Verwaltung entstanden. Der Streitpunkt liegt auf dem Gebiet des Kulturbewusstseins, das zu dem Verwaltungsbereich der neu geschaffenen Regierung gehört. Auf einer Synode der evangelischen Gemeinden Polens sind eine große Anzahl Nichtpolen — deutsche Prediger — vertreten gewesen. Dagegen hat sich eine lebhafte Opposition der evangelischen Polen geltend gemacht, und der Führer dieser Opposition ist im Zusammenhang damit verhaftet worden. Damit ist ein neuer Streitfall entstanden. Die Folge war, daß am letzten Sonnabend die Vereidigung des neuen Regierungsrats in Warschau nicht erfolgen konnte.

Inzwischen werden die geheimen Verhandlungen zwischen der deutschen und der österreichischen Regierung über das künftige Schicksal Polens fortgesetzt, ohne daß die Parlamente dabei befragt würden. Ueber die Verhandlungen, die der deutsche Staatssekretär des Aeußeren von Kühlmann in Wien über die polnische Frage geführt hat, wird jetzt mitgeteilt:

Die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien, in deren Mittelpunkt die polnische Frage stand, ergaben volle Uebereinstimmung beider Staatsmänner und Eröffnung der Aussicht auf baldige wichtige Entscheidungen beider Mittelmächte von abschließender Bedeutung.

Auf dem Wege der geheimen Verhandlungen und der Okkupation einer Verfassung für den polnischen Staat wird man weder die erwartete Sympathie der Polen gewinnen können — zumal wenn ständig sich neue Differenzen zwischen der Verwaltung und der Bevölkerung ergeben — noch wird man dadurch die Friedenssicherheiten verbessern. Außerdem muß diese Regelung in Deutschland und Oesterreich selbst Konflikte erzeugen. Sie verstößt einmal gegen die Interessen der Demokratie, dann aber vor allem auch gegen die Bestrebungen eines großen Teils der Polen in Oesterreich.

Um die Sympathien der Polen zu gewinnen, ist die Entente mächtig. So meldet der Stockholmer Korrespondent der Auerer Zeitung: Terebitschenski erklärte, er sei ermächtigt zu sagen, daß die Großmächte der Entente unter Anerkennung der von der provisorischen Regierung in ihrem Manifest vom 30. März an die Polen proklamirten Grundsätze es als eine der Bedingungen für einen dauernden Frieden betrachten; daß ein großes, unabhängiges und ungeteiltes Polen errichtet wird.

Daß die polnische Frage eine internationale Frage ist, die bei den Friedensverhandlungen eine wichtige Rolle spielen wird, steht außer allem Zweifel. Eine Festlegung in dieser Frage gemäß dem einseitigen Willen einer Regierung kommt daher, einer Erschwerung dieser Verhandlungen gleich. Die Polen müssen das Recht haben, über ihre staatliche Stellung und die Richtung ihrer Politik selbst zu entscheiden. Dem entspricht aber die Regelung der polnischen Frage durch die Mittelmächte, die jetzt zum Abschluß gebracht werden soll, durchaus nicht.

Die Besetzung eines Geleitzuges in der Nordsee, der aus skandinavischen Schiffen zusammengesetzt und von zwei englischen Zerstörern begleitet war, wird zur Ueberreichung eines gemeinsamen skandinavischen Protokolls in Berlin führen.

Die deutsche Regierung hat nun in einer amtlichen Erklärung ihren Standpunkt dazu von vornherein erneut festgelegt. Diese Erklärung lautet:

Gegenüber den in der Presse des Auslandes erscheinenden, unzutreffenden, den Standpunkt unserer Feinde einseitig berücksichtigenden Darstellungen der Verletzung eines feindlichen Geleitzuges durch deutsche Seestreitkräfte am 17. Oktober wird nachstehend auf die drückendsten Tatsachen eingegangen:

1. Der Verkauf des Zusammenstoßes war kurz folgender: Unsere Streitkräfte gerieten nach dem Sichten des feindlichen Geleitzuges zunächst mit den zur militärischen Bedeckung beigegebenen englischen Zerstörern Mary Rose und Strong Bow in ein heftiges Feuergefecht, das bis zur Vernichtung der Zerstörer fortwährte. Während dieses Gefechtes versuchten die unter feindlicher militärischer Bedeckung fahrenden Handelschiffe zu fliehen, was, wie der amtliche Bericht durch die Funktionen Boldhu vom 20. Oktober 1917 behauptet, auch dreien der Handelschiffe geglückt sein soll. Nachdem die feindliche Bedeckung niedergebämpft war, wurde das Feuer auf die übrigen Schiffe des Geleitzuges eröffnet, um sie zu versenken. Die Behauptung, daß auf die Rettungsboote von unseren Streitkräften geschossen worden sei, entspricht in keiner Weise den Tatsachen, und muß daher auf das entschiedenste als unzutreffend zurückgewiesen werden. Sie wird widerlegt durch die Zeugenaussage des Steuermanns des beteiligten schwedischen Dampfers Ålborg, die feststellt, daß auf die Rettungsboote nicht geschossen worden sei. Sie erwähnt übrigens noch, daß ein begleitendes englisches bewaffnetes Handelsschiff den Geleitzug im Stich ließ, als Unterseebootgefahr gemeldet wurde.

2. Was die Berechtigung unserer Streitkräfte zu ihrem Vorgehen anlangt, so sei folgendes nochmals ausdrücklich erklärt: 1. Die Handelschiffe fuhren in einem feindlichen Geleitzug als unter ausdrücklicher Bedeckung unter dem Schutze feindlicher Geschütze. Ein neutrales Schiff, das sich einem solchen Geleitzuge anschließt, stellt sich bewußt unter den Befehl einer feindlichen Streitmacht. Wer Waffenhilfe anruft, hat Waffenhilfe zu gewärtigen. Der vernichtete Geleitzug wurde durch unsere Streitkräfte innerhalb des um England gelegten Sperrengebietes angegriffen. Infolge der Verklündigung dieses Sperrengebietes erlassene Erklärung besagt, daß innerhalb dieser Grenzen jedem Seeverkehr ohne weiteres mit allen Waffen entgegengetreten werden wird. Diese Erklärung ist seit Anfang Februar 1917 allen Neutralen bekannt, und es kann nur nochmals ausdrücklich vor den schweren Gefahren der Schiffsahrt in diesem Gebiet gewarnt werden. Wer sie auf sich nimmt, tut dies freiwillig den mehrfachen von deutscher Seite erhobenen Warnungen entgegen und hat die Folgen zu tragen.

Die deutsche Regierung erklärt also, daß sie entschlossen ist, von ihrer Erklärung vom Februar über den verstärkten Unterseebootkrieg um keinen Schritt zurückzuweichen. Sie wird also voraussetzungslos, wenn die skandinavischen Neutralen eine Diskussion über diesen besonderen Fall einleiten werden, keine andere Haltung einnehmen als die, die sie angeht der Noten eingenommen hat, in denen die Neutralen der ganzen Welt gegen die Erklärung vom Februar 1917 protestierten.

Im englischen Unterhause ist die irische Frage erneut erörtert worden. Der irische Führer Redmond hat einen Antrag eingebracht, in dem die Politik bedauert wird, die die Regierung und die Militärbeförden in Irland verfolgten, da doch die Interessen Irlands verlangten, daß eine Stimmung geschaffen werde, die für den Verlauf der irischen Konvention günstig sei, denn in dieser Konvention seien alle Parteien vertreten, um die zukünftige Regierung Irlands zu regeln. Der Chefsekretär für Irland Dule erwiderte, er wolle keine Beschränkung gegen den Antrag oder die Einzelheiten der Kritik Redmonds erheben, aber er frage sich, ob die Regierung Irlands etwas getan habe, mit dem nicht jeder Mann, der die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Irland trage, in Übereinstimmung sein wüsste. Daß die irische Konvention eine fruchtbringende Tätigkeit ausübe, sei erwiesen. Die Führer der Sinnfeiner-Bewegung suchten einen Mißerfolg der Konvention herbeizuführen. Solange der Streit sich in Grenzen halte, würden keine Verhaftungen vorgenommen werden, da man mit Verhaftungen nur eine Vorbereitung für die Postrennung verrichten würde. Das englische Parlament sei der Ansicht gewesen, daß es richtig sei, die Rekrutierung in Irland nicht durchzuführen, solange die Vorlage, die auf die Selbstregierung Irlands hinzielte, in der Schwere war. Abgesehen von der Aufrechterhaltung der irischen Sache, die keinem andern Land zu stehen und abgesehen von der Sinnfeiner-Bewegung, die es in Frieden, Dule verlas sodann ein Rundschreiben, das bewies, daß eine verbrecherische Minderheit in Irland weitere Unruhen hervorzurufen wollte, um die Arbeit der Konvention unmöglich zu machen, während die große Masse des irischen Volkes für Aufrechterhaltung der Verbindung mit dem Reiche sei.

Asquith erklärte, er glaube nicht optimistisch zu urteilen, wenn er annehme, daß die Regierung in einigen Monaten imstande sein werde, dem Unterhause eine irische Regierung vorzulegen, welche die Billigung der großen Mehrheit des irischen Volkes gefunden habe.

Redmonds Antrag, der das Vorgehen der Verwaltung hinsichtlich der irischen Exekutive bemängelt, wurde mit 211 gegen 78 Stimmen abgelehnt.

Lloyd George sagte: Es gab drei Dinge, die die Regierung in Irland nicht zulassen konnte. Sie konnte nicht gestatten, daß zum Aufstand geschritten wurde. Die Regierung konnte nicht die Organisation einer Empörung zulassen. Drittens forderten Sinnfeiner unumschränkte Unabhängigkeit für Irland. England kann aber unter keinen Umständen etwas Derartiges gestatten.

Lloyd George verpflichtete sich, daß die Regierung ihren ganzen Einfluß aufbieten würde, um eine Vorlage zur Annahme zu bringen, in der alles, was hinsichtlich der irischen Konvention durch Vertrag festgesetzt worden sei, zusammengefaßt werden soll.

Aus dem Unterhausbericht geht hervor, daß der irische Konvent zusammengetreten ist und die Besprechung der irischen Frage aufgenommen hat. Wie er zusammengesetzt ist, geht daraus nicht hervor. Die Regierung hatte ihn als eine Ständevertretung geplant, und war damit bereits auf den Widerstand der Sinnfeiner gestoßen. Immerhin hat die Einberufung des irischen Konvents ihre Stellung in der irischen Frage gestärkt.

Der Krieg zur See.

Der U-Boot-Krieg.

Berlin, 26. Oktober. Amtlich. (W. Z. B.) In der englischen Westküste und in der Nordsee wurden durch eine unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Georg, neuerdings sechs Dampfer, ein Segler mit rund 26 000 Tonnen versenkt. Darunter befanden sich der bewaffnete englische Dampfer Richard de Larinage (4000 T.), sowie vier bewaffnete englische Dampfer, deren Namen nicht festgestellt werden konnten. Der versenkte Segler hatte Koks geladen.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Englische Schiffsverluste.

London, 23. Oktober. Ein Torpedobootszerstörer ist infolge eines Zusammenstoßes gesunken. Zwei Offiziere und 21 Mann wurden getötet.

London, 23. Oktober. Amtlich. Der Dampferkruzer Drama (12 027 Br.-Reg.-T.) ist am 19. Oktober torpediert worden und gesunken. Menschenverluste sind nicht eingetreten.

Russischer Admiralsbericht.

22. Oktober. Im Verlaufe des 21. Oktober wurden bedeutende feindliche Seestreitkräfte sowie Transporte vor unseren Küsten im Rigaischen Meerbusen gesehen. Im Moonfund scheint der Gegner die Gewässer vor den Hindernissen zu säubern, die wir geschaffen haben. Kein Seekampf im Laufe des Tages. Wir bemerkten nur feindliche Unterseeboote im Finnischen Meerbusen. Da die Unternehmungen zur See bei den Ostseefleuten beendet sind, so können wir sie zusammenfassend schildern. Die Aufgabe unserer Flotte in dieser Gegend bestand darin, sich auf die ausgebauten Stellungen am Moonfund zu stützen und die feindlichen Versuche zu verhindern, sich des Rigaischen Meerbusens und des Moonfundes zu bemächtigen. Solange die deutsche Flotte bei diesem Unternehmen nur wenig bedeutende Einheiten einsetzte, wie dies 1915 der Fall war, als sie sich darauf beschränkte, zwei Dreadnoughts zu entsenden, schlugen unsere Seestreitkräfte, obwohl damals unsere Stellung am Moonfund erst ausgebaut wurde, erfolgreich die Angriffe zurück, und drei Tage lang im Besitz des Rigaischen Meerbusens befindliche Feinde erlitten schwerste Verluste, daß er sich zurückziehen mußte. Ein ähnlicher Versuch im Jahre 18, der auch mit unbedeutenden Kräften unternommen wurde, scheiterte ebenfalls.

Bei der letzten Unternehmung legte der Feind den größten Teil seiner Flotte ein. Diese erdrückende Überlegenheit gestattete ihm, rasch und erfolgreich zu landen, und unsere Flotte, die ihre ausgedehnte Stellung verlor, konnte sich nur bemächtigen, daß feindliche Unternehmungen zu stören und dem Gegner möglichst große Verluste zuzufügen. In diesem Zweck leisteten wir dem Feinde eine Reihe von Gefechten, indem wir alle uns zur Verfügung befindlichen Seestreitkräfte zur Geltung brachten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war, daß der Gegner durch Minen, Torpedobootangriffe und Geschützfeuer zwei Dreadnoughts, einen Kreuzer, 12 Torpedoboots, einen Transportdampfer und zahlreiche Minenschiffe verlor, die sämtlich außer Geacht gesetzt wurden. Ihr ferneres Schicksal ist unbekannt. Wir stellten nur den Verlust von sechs feindlichen Torpedobooten fest, von denen zwei, die einem kleinen Typ angehören, durch das Feuer der Selbstschiffe der Abteilungen des Hauptmanns Gichko auf der Insel Moon versenkt wurden. Die andern Torpedoboots wurden im Kampf versenkt und durch Minen in die Luft gesprengt; der Rumpf eines Torpedoboots Nr. 64 ragt auf der Sandbank des Kaffawiel aus dem Wasser hervor. Außerdem versenkte unsere Küstenbatterie vier feindliche Torpedoboots. Wir verloren das Minenschiff Stama und das große Torpedoboot Brom. Unsere andern Schiffe sind vollkommen gefechtsfähig geblieben.

Der Luftkrieg.

Die Opfer des Luftangriffs auf London.

London, 23. Oktober. Bei dem Luftangriff am Freitag wurden insgesamt 31 Personen getötet und 58 verwundet.

Ausstellung eines Zeppelin in Paris.

Schweizer Grenze, 25. Oktober. Der bei Bourbon le Bain niedergegangene L. 40 wird in Paris ausgestellt. (Rhein. Ztg.)

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Französischer Heeresbericht

21. Oktober, nachmittags. Nach einer Artillerievorbereitung, die mehrere Tage andauerte, griffen unsere Truppen heute früh 5 Uhr 15 Min. in der Gegend von Allemant und Molmaison die starken deutschen Stellungen an. Auf der ganzen Angriffsfront machten wir ausgedehnte Fortschritte und brachten zahlreiche Gefangene ein. Nordwestlich von Reims ziemlich lebhaftes Artilleriegefecht während der Nacht. Drei Kanonenboote, die sich gegen unsere feindlichen Posten westlich von Vermericourt und östlich von Neuville richteten, hatten keinen Erfolg. In den Argonnen ließ uns ein Eindringen in die deutschen Gräben im Chappin-Walde dem Feinde Verluste zufügen und Belangen zurückbringen. Auf dem rechten Ufer der Maas steigerte sich in der Gegend nördlich der Höhe 341 der Artilleriekampf gegen Ende der Nacht zu großer Heftigkeit.

22. Oktober, abends. Nördlich der Aisne hat sich der Angriff, den wir am Morgen angefochten haben, außerordentlich glänzend entwickelt. Trotz Nebel und Regen haben unsere Truppen mit wunderbarem Ungeheiß die furchtbaren Anlagen des Feindes, die von den besten Truppen Deutschlands verteidigt und durch eine zahlreiche Artillerie unterstützt waren, angegriffen. Im ersten Schwingen haben unsere Soldaten die von den Steinbrüchen Fruty und Sohen begrenzte Linie genommen. Daß darauf sich das Fort Molmaison in unsere Hände. Weiter vorstehend haben unsere Truppen nach erbittertem Kampfe Beweise ihres unüberstehlichen Stohes gegeben. Sie haben den Feind aus den Steinbrüchen des Monte Varnasse, die zum Teil durch schwere Granaten ausgewölbt waren, geworfen. Auf unserem linken Flügel ging das Vorrücken mit demselben Erfolge weiter. Die Dörfer Allemant und Baudesson blieben in unserer Gewalt, während zur Rechten unsere Truppen die Linie bis auf die beherrschenden Höhen von Vargny-Platin vortrugen. Im Zentrum schließlich drängten unsere Truppen feindliche Reserven des Gegners zurück und bemächtigten sich in hartem Kampfe des Dorfes Chavignon. An diesem Punkte erreicht unser Vorrücken eine Tiefe von 2½ Kilometern. Die Verluste, die der Feind im Verlauf dieses Kampftages erlitt, waren beträchtlich, und kommen zu denen, die durch die Artillerievorbereitung verursacht wurden. Die Zahl der bisher gefangenen Gefangenen übersteigt 7500; unter dem enormen erbeuteten Material haben wir 25 schwere und selbstgeschützte Geschütze. Trotz des sehr unglücklichen Wetters haben die Kämpfer in der tapfersten Weise die Aufgaben, die ihnen beim Liegen 50 Meter über den Trenchen zu stellen, erfüllt.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Deutsche Landung in Estland.

Englischen Meldungen aus Petersburg zufolge herrscht in russischen Kreisen vollkommene Unklarheit über die Weiterentwicklung der Lage und die deutschen Absichten im Osten. Man fürchtet eine deutsche Landung in Estland, und die russische Regierung hat deshalb die Evakuierung aller russischen Hafenstädte an der Ostsee und in den baltischen Provinzen beschlossen. Die russischen militärischen Autoritäten sind sich über das Kommando nicht einig. Der Kommandant der Schwarzmeer-Flotten, Admiral Remitz, urteilt pessimistisch. Dagegen äußert General Brusslow im Ultra-Rußland, man brauche in diesem Herbst und Winter für Petersburg nichts zu fürchten. Der Zustand der Straßen und Eisenbahnen sowie der Lebensmittelmangel machten eine Unternehmung wie die Einnahme Petersburgs trotz des Rückgangs der Schlagfertigkeit der russischen Armee und Flotte sehr gefährlich.

Kun soll nach russischen Meldungen die deutsche Landung in Estland bereits erfolgt sein. Der russische amtliche Bericht vom 23. Oktober meldet:

Beim Eingange in den Rigaischen Meerbusen wurden feindliche Unterseeboote sowie große Seestreitkräfte gesichtet. Die Deutschen führten, nachdem zuerst ihre Torpedoboots unsere Küstengruppen beschossen hatten, eine Landung auf der Halbinsel Werder, östlich von der Insel Moon, aus. Gleichzeitig näherten sich beim Eingange in den Golf von Rapsal, 12 Werst nördlich von Werder, Schiffe, die mit Pferden beladen waren, der Küste. Zwei Infanterieabteilungen drängten unsere Truppen zurück und besetzten den westlichen Teil der Halbinsel.

Diese Meldung wird weiter ergänzt durch ein ähnliches Telegramm der Daily Mail aus Petersburg. Der deutsche Heeresbericht hat bisher nichts von derartigen Operationen berichtet.

Deutschland.

Unternehmertum und Regierung. Nach einer Mitteilung der Münchener-Augsburger Abendzeitung hat die bayerische Industrie einen Fonds von weit über 100 000 Mk. angeammelt, um der bayerischen Gesundheitsfürsorge in Berlin einen Wirtschaftsausschuß anzuschließen. Die Regierung hat tatsächlich beschlossen, einen Handelskongress in Berlin anzustellen. Deutlicher kann nicht gezeigt werden, daß die Regierungen nichts als die Vertretungen der Interessen der herrschenden Klassen sind. Ein Vertrauensmann des Unternehmertums, aufgeschlossen mit Unternehmerrand, erhält eine Staatsstelle, um die Unternehmerinteressen in der Regierung zu vertreten.

Konferenz in Kopenhagen. Amtlich wird mitgeteilt: Zur Erweiterung von Kriegesangelegenheiten sind am 18. Oktober 1917 in Kopenhagen unter dem Vorsitz des Prinzen Waldemar von Dänemark Vertreter der deutschen, österreichisch-ungarischen, türkischen und russischen Regierung sowie des deutschen, österreichisch-ungarischen und russischen Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds zu einer Konferenz zusammengetreten. Die Konferenz wird sich mit der Frage der Verbesserung des Loses der Kriegsgefangenen sowie der Erweiterung des Austausch der Kriegsgefangenen und ihrer Internierung im neutralen Ausland beschäftigen, ähnlich wie es die kürzlich im Haag abgehaltene deutsch-englische Konferenz getan hat. Wenn die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen, wird dies in der Presse bekanntgegeben werden.

Kleine Auslandsnachrichten.

Barthou zukünftiger Ministerpräsident.

Die Schweizerische Depeschensinformation erzählt aus Paris, daß dort das nun gebildete Ministerium Painlevés nur als ein Übergangsinstitut angesehen werde. Als Leiter des nächsten Kabinetts werde bereits jetzt der neue Minister des Auswärtigen Barthou genannt.

Zum englisch-holländischen Konflikt. Aus dem Haag wird gemeldet: In der Zweiten Kammer behandelte der Minister des Auswärtigen Louba die Streitigkeiten über die Ausfuhr von Reis aus Deutschland nach Belgien im Zusammenhang mit der Verweigerung der Benutzung der britischen Kabel durch den nieder-

ländischen Handel seitens der britischen Regierung, und erklärte zum Schluß, die niederländische Regierung würde es als im Widerspruch zu ihrer Würde und auch als im Widerspruch zu den Grundsätzen, an denen sie bei ihrem Verhältnis zu allen Kriegführenden unerschütterlich festgehalten hat und festhalten wird, erachten, wenn sie sich durch irgendeinen Druck von einer dieser Parteien von einer Verpflichtung abbringen ließe, die sie infolge der bestehenden Verträge einer Partei gegenüber zu erfüllen hat. Die Regierung vertritt darauf, daß ihre Haltung mit dem Willen der Volksvertretung und des ganzen niederländischen Volkes übereinstimmt. (Lebhafter Beifall.)

Unruhen in Mailand und Venedig. Schweizer Blättern zufolge haben neuerdings ernste Unruhen in Mailand und Venedig stattgefunden. Die Ursache hiervon wäre in schlechter Versorgung mit Brot und andern Lebensmitteln zu suchen. In einigen Städten herrscht Hungersnot. Es sei fraglich, ob Italien unter diesen Umständen noch länger aushalten könne, besonders da man in Italien in allen Kreisen vom Arge nichts mehr wissen wolle.

Ein skandinavischer Protest. Die Morgenpost meldet aus Stockholm: Gegen die Verletzung des Geleitzuges in der Nordsee wird wahrscheinlich ein gemeinschaftlicher skandinavischer Protest erfolgen.

Aus der englischen Arbeiterpartei. Nach dem Nieuwe Rotterdamschen Courant wird dem Daily Telegraph berichtet, daß der ausführende Ausschuss der Arbeiterpartei und die parlamentarische Kommission des Gewerkschaftskongresses eine Subkommission aufgestellt haben, die trachten soll, die Internationale wieder ins Leben zu rufen.

Friedensversammlungen in Großbritannien. Nach Londoner Meldungen haben in Großbritannien neue Friedensversammlungen stattgefunden. Nachrichten darüber liegen aus Wolsse, Chisbury, Glasgow und Manchester vor. In Glasgow mußte Polizei und bewaffnete Macht gegen die Friedensdemonstranten aufgebracht werden.

Die Situation der italienischen Regierung. Die 32 Mitglieder zählende liberale Gruppe der Rechten und des Zentrums in der italienischen Kammer beschloß mit allen gegen 4 Stimmen, gegen das Ministerium zu stimmen.

Erledigung einer britisch-schwedischen Differenz. Die britische Botschaft hat am Mittwoch der schwedischen Gesandtschaft drei der in Halifax beschlagnahmten Postfässer uneröffnet zurückgegeben. Die schwedische Gesandtschaft hat versichert, daß sie nichts anderes enthalten als statische Angaben über den Ein- und Ausfuhrhandel, um die das amerikanische Kriegshandelsamt ersucht hätte.

Brasilien als Kriegsführender Staat. Die Neue Zürcher Zeitung meldet: Der brasilianische Außenminister gab laut Agencia Americana die Erklärung ab, Brasilien gehöre zu den Kriegsführenden Staaten. Eine formelle Kriegserklärung sei nur deshalb nicht erfolgt, weil es Deutschland bis jetzt unterlassen habe, aus den offen feindseligen Akten Brasiliens die Folgen zu ziehen.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 25. Okt. Amtlich. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

In Flandern lag tagsüber heftiger Feuer als sonst auf der Kampfzone zwischen der Aisne und Biaffaartsee.

Von dort bis zur Pas besetzte der Feind die einzelnen Abschnitte mit Feuerminen, die sich vom Sauthouiller Walde bis Passchendaele gegen Abend zu heftigstem Trommelfeuer verdrängten. Größere Angriffe erfolgten nicht.

Im Atois und bei St. Quentin spielten sich Vorkampfe mit für uns günstigem Erfolg ab.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Am Dill-Aisne-Kanal verließ der Tag bei geringer Feuerstärke den Feind.

Aus vor Dunkelheit schwoll schlagartig der Feuerkampf wieder an. An mehreren Stellen drangen französische Erkundungstruppen vor; sie wurden überall abgewiesen.

Nachts blieb das Feuer lebhaft. Zwischen Aisne und Maas kam es mehrfach zu Erkundungskämpfen, die örtliche Steigerungen des Feuers hervorriefen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Bedeutung.

Mazedonische Front.

In den meisten Abschnitten hat sich die Artillerietätigkeit vermindert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Dassentru trotzten gestern deutsche und österreichisch-ungarische Truppen Seite an Seite in den Kampf gegen den ehemaligen Verbündeten.

In mehr als 30 Kilometer Breite nach kurzer harter Feuerwirkung zum Sturm ansetzend, durchbrachen oft bewährte Divisionen die italienische Sonzo-Front in dem Becken von Alitich und Tolmein.

Die Zäher sperrenden starken Stellungen des Feindes wurden im ersten Stoß überannt; trotz zäher Gegenwehr erklimmen unsere Truppen die steilen Berghänge und kletterten die feindlichen Stützpunkte, welche die Höhen kränzte.

Schnee und Regen erschweren das Vornäherkommen in dem zerklüfteten Berggelände; ihre Einwirkung wurde überall überwunden. Hartnäckiger Widerstand der Italiener mußte mehrmals in erbitterten Nachkämpfen gebrochen werden.

Die Kampfhandlung nimmt ihren Fortgang. Bis zum Abend waren mehr als 10 000 Gefangene, dabei Divisions- und Brigadeführer, und reichliche Beute an Geschützen und Kriegsmaterial gemeldet.

Der Chef des Generalstabs: Lubendorff.

Der österreichische Tagesbericht.

Wien, 24. Oktober. Amtlich wird verkündet:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Im Bereich unserer Truppen nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der ganzen Südwestfront nahm die Gefechtsintensität erheblich zu.

Bei Alitich, bei Tolmein und im Nordteil der Hochfläche von Rainizza-Welligengeßel broch österreichisch-ungarische und deutsche Infanterie nach mächtiger Artillerievorbereitung in die italienischen Linien ein.

Albanien.

Südlich von Berat und heiderwärts des Devoli-Flusses kämpften unsere Sicherungstruppen mit Erfolg.

Der Chef des Generalstabs.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Dr. Curt Geyer in Leipzig

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Aug. Behmann Leipzig

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Regelung des Abhanges von Fischen und Fischwaren.

Das Zubringen der Fische und Fischwaren an Privathandlungen ist nicht gestattet.

Frische Fische, Fischräucherwaren und Fischmarinaden, die durch die Fischverteilungsstelle Leipzig an die Geschäfte zum Verkauf an die städtische Bevölkerung überwiesen worden sind, dürfen von diesen an Privathandlungen nur gegen Vorlegung der jeweils gültigen Leipziger Haushaltkarte, an Gastwirtschaften und ähnliche Betriebe nur gegen Vorlegung des Leipziger Gewerbescheins abgegeben werden.

Die Verkäufer sind verpflichtet, jede Abgabe von frischen Fischen (lebend oder tot) und Fischräucherwaren (nicht Fischmarinaden) auf der Haushaltkarte unvermeidbar durch Aufdruck oder Aufschrift der Firma, des Tages der Abgabe und der abgegebenen Fischsorte (frische Fische, Fischräucherwaren) zu vermerken.

Es ist verboten, an Privathandlungen vor Ablauf von vierzehn Tagen nach dem letzten Bezug von frischen Fischen wieder frische Fische, von Räucherwaren wieder Räucherwaren abzugeben.

Zuwiderhandlungen werden nach den Bestimmungen der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September und 4. November 1915 bestraft.

Diese Bekanntmachung tritt mit der Veröffentlichung in Kraft. Gleichzeitig treten die Bekanntmachungen über die Regelung der Abgabe von Karpfen und Äschen vom 28. Oktober 1916 und über die Regelung der Abgabe von frischen Fischen, Fischräucherwaren und Fischmarinaden vom 17. März 1917 außer Kraft.

Leipzig, am 20. Oktober 1917.

Kr.-E.-A. III. Der Rat der Stadt Leipzig.

Mehl- und Backwarenpreise in Leipzig-Land.

Mit Wirkung vom 1. November dieses Jahres an wird die Bestimmung unter IV der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 5. September 1917 über Mehl- und Backwarenpreise aufgehoben und durch folgende Bestimmung ersetzt:

IV. Für die Backwarenbereitung hat bis auf weiteres folgendes Preisverhältnis zu gelten:

a) für Schwarzbrot
70 Gewichtsteile Roggenmehl
20 Gewichtsteile Weizenmehl
und entweder 40 Gewichtsteile gefochte Kartoffeln oder 10 Gewichtsteile Kartoffelknollen oder Kartoffelwalgmehl;

b) für Weißbrot
100 Gewichtsteile Weizenmehl.

Leipzig, am 25. Oktober 1917. IV M 502a. Der Bezirksverband Leipzig-Land.

Gemeinde-Sparkasse Liebertwolkwitz.

Unter Bürgerschaft der Gemeinde.
Einklagensachen: 18 852 757 Mark 48 Pf.
Aktiva: 1 000 000

Zinslose Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent.
Kostenlose Verwahrung und Verwahrung von Wertpapieren.
Geschäftszeit: Montags bis Freitags vormittags von 8-12 1/2 und nachmittags von 2 1/2-4 Uhr.
Sonnabends nur vormittags von 8-12 1/2 Uhr.
Geschäftszeit der Zweiggeschäftsstellen:
Leipzig: jeden Tag.
Proßschida (unmittelbar an der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn): jeden Tag.
Göhren: jeden Tag.
Zweinaundorf: Montags bis Freitags vormittags von 9-1 und nachmittags von 3-5 Uhr, Sonnabends von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr.
Giro-Konto bei der Filiale der Sächsischen Bank zu Dresden in Leipzig und bei dem Giroverband Sächsischer Gemeinden, Postfach-Konto Nr. 11480.

An alle in den städtischen Betrieben beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Freitag, den 26. Oktober, abends 8 Uhr
Große Versammlung im Volkshaus, Zeiger Straße 32.

Tagesordnung:
1. Die Leistungen des Gemeindearbeiterverbandes in den letzten Jahren. Referent: Verbandsvorsitzender Richard Heckmann-Berlin.
2. Unsere Eingabe um Lohnerhöhung an den Rat und die Antwort des Rates darauf.
3. Unser Protest gegen die angeregte Aufhebung der Ruheordnung.
4. Gewerkschaftliches.
Kollegen und Kolleginnen! Die Versammlung ist sehr wichtig. Es gilt, geplante Verschlechterungen abzuwehren. Kommt deshalb pünktlich!

Der Einberufer: P. Schurdt.

Aufruf an Handel und Industrie

in Stadt und Umhauptmannschaft Leipzig zum Zusammenschluß für freiwillige Einführung der durchgehenden Arbeitszeit.

Zum Zwecke der dringend gebotenen Kohlenersparnis ersucht die Handelskammer nach ihrer bekannten Entschließung in Uebereinstimmung mit der Kriegsamstelle Leipzig die durchgehende Arbeitszeit als ein besonders geeignetes Mittel. Um seine Linieltlichkeit weitgehende freiwillige Anwendung nach Möglichkeit zu fördern, ergeht hiermit zunächst die Aufforderung an alle zugehörigen Firmen des Groß- und Kleinhandels und der Industrie, sich innerhalb ihres Geschäftszweiges und gegebenenfalls auch noch darüber hinaus durch Verbindung verwandter Interessentengruppen zusammenzuschließen, um zu der Möglichkeit und Gestaltung der geplanten neuen Arbeitszeiteinteilung Stellung zu nehmen. Ueber den Erfolg wird die Handelskammer auf geeignetem Wege sich in kürzester Frist berichten lassen und danach auf Grund der erzielten Ergebnisse zusammen mit Vertretern der einzelnen Gruppen bestimmte Richtlinien aufstellen, die maßgebend sein sollen nicht allein für die freiwillige Durchführung dieser Anregung, sondern auch für eine möglicherweise zu erwartende allgemeine zwangsweise Einführung der durchgehenden Arbeitszeit, um die mit einer solchen generellen Verordnung für Handel und Industrie verbundenen Härten zu mildern.

Leipzig, am 25. Oktober 1917.

Die Handelskammer.
Schmidt, Vorsitzender. Dr. jur. Rückert, f. d. Syndikus.

Sängerchor L.-Thonberg-Stötteritz und Männerchor Leipzig-West M. des A.S.B.

Sonntag, den 28. Okt., in der Alberthalle

Grosses Konzert

zu Ehren unseres verehrten Dirigenten Paul Michael
: anlässlich seines fünfzigsten Geburtstages :
: unter gütiger Mitwirkung des Herrn Prof. Julius Klengel (Cello) und Herrn M. Wünsche (Flügel).
Den Flügel stellt Jul. Blüthner gut. zur Verfügung.
Einlass-nachm. 3 Uhr. Anfang pünktlich 4 Uhr.
Eintritt 55 Pfennige inkl. Kartensteuer (Sitzplatz).
: Kinder unter 12 Jahren haben keinen Zutritt. :

Zentralverband der Glaser Deutschlands
Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 27. Oktober, abends 1/8 Uhr
Quartals-Versammlung im Volkshaus (Café, Mitte).

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Bericht von der Betriebskonferenz in Karlsruhe. 3. Bericht über den Vorstand.
Der Vorstand.
Unter Zahlstellenbeamter Otto Reinhardt wohnt jetzt Schleichg., Könnersgraben 51, II. Krankmeldungen haben bei diesem zu erfolgen, Arbeitslose beim Vorsitzenden, Sebastian Helm, Leipzig, Millenstraße 24, I. r.

Schreiben Sie schlecht?

Dann schaffen Sie sich das Werk **Schnelldrucker** an. Auch die schlechteste Handschrift wird in wenigen Stunden dauernd flott u. schön. 80 000 Exemplare verkauft, franko 1.— Mk., Nachnahme 30 Pf. mehr.

K. KULA, Berlin-Neukölln, Postfach 35.

Arbeitsmarkt

Feuerschmiede u. Zuschläger
für Militärfahrzeuge
2 Schmiedelehrlinge für jetzt od. später sucht
L. Huth, Wagenfabrik, L.-Lindenau.

Arbeiterinnen

für leichte, saubere Arbeit für sofort gesucht.
Zu melden zwischen 10 und 12 Uhr vorm.
entweder: Leipzig, Windmühlenstrasse 39
oder: Kleinzsch., Thyraer Str. 14-18.

Enk & Westphal, Spielwarenfabrik.

Verkäufe

Leipziger Hausfrauenverein
Kochkisten-Abteilung
Münzberger Str. 25
Kochfluten, Kochtöpfe
in allen Größen einetroffen!

Kohlraabi verkauft
Rtr. 10. K
Pfd. 28. 2
Körnerstrasse 51
im Keller P. Brodatzki.

Herbst- u. Winter-Mäntel, Ueberzieher, auch für Anab. u. Buriden, Bogener u. Summimäntel, Pelzerinnen, Zoppen, Gosen, Jackettsanzüge preisw. zu vt. Gesellschaftsang. leihw. Gobr. Cohn, Nikolaisstr. 8, L.
Rüchenschrauf zu verkaufen. Kleinschoder, Reine Str. 11.
N. 4r. Sandw., 2, 4, 5, 6-10 Str. Trautz, vt. Dörrienstr. 14, III. l

Tätige Erdarbeiter
auch Umlauber, werd. [os. eingestellt: Straßendau Frankfurter Str., nahe d. Zeppelinbrücke, bei Volter Meier.

Tischler Maschinenarbeiter
für Kriegslieferung sucht
Paris. Arbeitsnachweis für die Holzindustrie
Münzstraße 24, II.

Fadenhefterinnen
in dauernde Stellung sucht
A. Köllner
Großbuchbinderei
Hohenzollernstraße 17-19.

Markthelferin
sucht für sofort
A. Köllner
Großbuchbinderei
Hohenzollernstraße 17-19.

Fliegendes chrl. Dienst
mädchen per sofort gesucht.
Zu meld. Gerberstr. 40, Kontor
Sonst. Str. 4.

Zimmerer Zementfacharbeiter Arbeiter

für Kriegsbaue gesucht.
Zementbau Rud. Wolle
Leipzig, Golttschedstraße 17.

Eine tüchtige
Kollationiererin
die gleichzeitig die Ausgabe der Arbeit mit übernehmen kann
sowie
zwei Papierzählerinnen
werden zum sofortigen Antritt gesucht.
Leipziger Buchbinderei Aktiengesellschaft
vorm. Gustav Fritzsche.

Unterricht

Tanzkursus

bilfig. Beginn: Sonntag, den 28. Okt., nachm. 1/2 4 Uhr, im Gesellschaftssaal des Rest. Kaiser Friedrich, L.-Gohlis, Mendestr. 26. Anmeldungen daselbst Freitag, d. 28. Oktbr., von 8 Uhr abends an.

Klavier-Unterricht, arbl. erteilt in u. außer dem Hause bei besch. Honorar 24. W. Weber, Konf. geb., Leipzig-Marienbrunn, Am Bogen 10.

Kaufgesuche
Möbel aller Art kauft
H. Mahlig, Karls-Deine-Str. 61

Fell-Einkauf
Hase, Kanin, Schaf-, Ziegen- sowie alle Art. Felle k. zu bestm. Preis.
Albin Wagner, Querstr. 27
Fernsprecher 2855.

Ausgeklämmtes Haar
kauft zu hohen Preisen
Otto Schade, Mittelstr. 4.

Wein- u. Schiffsachen
kauft jeden Posten
Lindenau, Obermannstr. 2.

Gut getrocknet
Apfelschalen
auch Birnenschalen
jede Sorte getrennt
zum Preise von 1 Mark pro Silo
kauft jedes Quantum
Max Stamm, Dresden
Angebote und Lieferungen erbeten an die Sammelstellen für Leipzig und Umgegend:
Albin Wirth, Leipzig
Scharnhorststraße 41
Kaiser-Mühle, O. m. b. G.
Lindenau, Kaiserstr. 62/64
Albin Reichel, Leipzig
Gerberstraße 18
oder die durch Plakate kenntlichen Rohungsmittelgeschäfte.

Alle getragenen Stiefel u. Schuhe
soweit sie sich noch in brauchbarem Zustande befinden, werden in dringenden Fällen innerhalb drei Tagen mit ganzer Goldsohle wieder wie neu hergestellt.
Verlang nach auswärts unter Nachnahme.
Karl Kollner, Universitätsstrasse 2
Aeltestes Schuhhaus Leipzigs.

Beerdigungsanst., Barm.
Rob. Hellmann
Matthäikirchhof 28
Tel. 682 und 14918.
Gehr. Reiche, L., Zschernbach Str. 14, St. 48, Ritz. St. 34.

Beifedern, Betten, Reinigung
H. Oldig, Südstr. 5.
J. C. Schwarz, Rehlh. 60, Gg. 1798.

Bilderrahmen
Oswald Krempel, Torgauerstr. 40.4

Briketts, Kohlen
Ferd. Grabau, N., Tauschstr. 20
Herm. Haferkorn & Co., Plagwitz.
W. Staudt, Vo., Hildstr. 21, Kirchstr. 98
Herm. Vogler, Sopsienstr. 40.

Eisen- u. Stahlwaren
Hauptstein & Blaschhof, Rehlh. 22
Kleinig & Blasberg, Rehlh. 27, Str. 57.
Alwin Richter, Dresden Str. 34.
Eilje Suda, Nürnberg Str. 9.
A. Watz, St., Hildstr. 21.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Erscheint wöchentlich dreimal. Bei Einkäufen bestens empfohlen.

Automaten-Restaurants
Ecke Neumarkt, Goldenes Nisch, Pastautomat
Mittagsessen von 20 Pf. an
hier u. Kaffee u. Tee

Chorrenhandlungen
Osk. Pader, Eisenstraße 28.

Drucken, Farben
Richard Helmold, Dufourstr. 24.
M. Springer, Nebl., H. Gsd. Str. 37

Fährwesen
Gehr. Reiche, Zschernbachstr.

Färberien, Wäschereien
Hugo Lüders, 23 26a.

Haus- und Küchengeräte
Anna Stamm, Zeltorstr. 65

Koffer, Lederwaren
K. Blach, Windmühlenstr. 32, Thok. Str. 14.

Kolonialwaren
Otto Brücklein, Südstr. 66.
Paul Kutschan, Kirch., Antonstr. 51
Osw. Mahlig, L., Aurelianstr. 24.
C. W. Möbius, Nebl., Nürnberg Str. 43.
E. Müller, L., Siemerlingstr. 2.

Mehlmühle
Kolonialw., 2.
Kant. Str. 21.

Aug. Thärichen, Ecke Naundorfer.
Paul Vieweg, Sell., Wurzenstr. 164.

Obst, Branntwaren
Otto Zschigler, Süd. Hall. Str. 141

Polierapp. Aruhal
Obr. Erdmann, Burgstraße 14.
Schuhw., Solskm.

Rosenberger, P., thaler Str. 15.
Strumpfwaren und Trikolagen

F. B. Eulitz, Grimmlachstr. Reichstr., Ecke Schuhmacherg.

Uhren, Goldwaren
große Kap. Werkst. Nürnberg, Str. 6.

H. Kemski, Nebl., Nürnberg, Str. 6.

Rautus, Fugentosen Trauringe, Zer Trauring-Ecke, Reichstr., Ecke Schuhmacherg.

F. G. Müller, Windmühlenstr. 34.

Vermietungen
Rabot 50, Wohnungen, M. Gas. 4. St., Kgl. u. Rodat. u. Zuh. M. 120, 3 St., Kgl. u. Zuh. M. 450 ev. Kriegen.

Wollmappe
Herm. Fontius, Gg., Hall. Str. 105.
C. F. Götzig, 4. Rehlh. u. Götzig

Molkereien
Jos. Fritsch, Kiz., Wigandstr. 22.
A. Frezel, Brandvorwerkstr. 40.
Wilk. Herber, En., Dolitzscherstr. 118
Sonst. Str. 4.
Tel. 19224.

M. Schubert

Maschinenfabrik
Otto Weymann, Marktleuberg n. Wolzen- und Reggenmühle.
Ellenburg

Lampenspergers Dampfbr., Ellenburg.

Großschneider
Karl Dähne, Kol., Drogen, Farb. J. P. Sieger, Kolonialwaren.

Spezialität
W. Zeuner, Ritz., St., Markt 3

Schnefeld

Krankenhilfsanstalt
Drog., Farb., Lpz. St.

K. Heise, Kol., Abnanntorferweg 1.

W. Bern

F. Faust, Kol., Rehlh., Bahnhofstr. 4

W. Götzig

W. Götzig
K. Becker, Rehlh., Rehlh. u. K. 2

Molkereien
Jos. Fritsch, Kiz., Wigandstr. 22.
A. Frezel, Brandvorwerkstr. 40.
Wilk. Herber, En., Dolitzscherstr. 118
Sonst. Str. 4.
Tel. 19224.

M. Schubert

Maschinenfabrik
Otto Weymann, Marktleuberg n. Wolzen- und Reggenmühle.
Ellenburg

Lampenspergers Dampfbr., Ellenburg.

Großschneider
Karl Dähne, Kol., Drogen, Farb. J. P. Sieger, Kolonialwaren.

Spezialität
W. Zeuner, Ritz., St., Markt 3

Schnefeld

Krankenhilfsanstalt
Drog., Farb., Lpz. St.

K. Heise, Kol., Abnanntorferweg 1.

W. Bern

F. Faust, Kol., Rehlh., Bahnhofstr. 4

W. Götzig

W. Götzig
K. Becker, Rehlh., Rehlh. u. K. 2

Reuters Werke 3 Bände gebunden 5.— Mk. Leipzig, Buchdruckerei A. G.

Familien-Nachrichten

Staff Garten.
Für die wohlthuenden Beweise beim Hinscheiden meines lieben unverglichen Mannes, meines guten Vaters, des Gastwirts

Hermann List

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern innigsten Dank. Besonders Dank dem Sängerkor und den Rednern für die trostreichen Worte am Sarge. Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Ruhe fauft in dein zu frühes Grab nach.
Leipzig, den 24. Oktober 1917.
Frau Marie verw. List und Kinder.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. Oktober.

Geschichtskalender. 25. Oktober 1400: Der englische Dichter Geoffrey Chaucer in London gestorben (* um 1340). 1647: Der Physiker Evangelista Torricelli in Florenz gestorben (* 1608). 1700: Der Geschichtsforscher Arnold Hermann Ludwig Heeren in Arbergen bei Bremen geboren (* 1842). 1800: Der englische Geschichtsschreiber Thomas Babington Lord Macaulay in Rothley Temple geboren (* 1800). 1825: Der Komponist Johann Strauß (Sohn) in Wien geboren (* 1825). 1898: Der französische Komponist George Bizet in Paris geboren (* 1838). 1848: Der Schriftsteller Karl Emil Franzos in Pöchlarn geboren (* 1804). 1848: Straßenkämpfe in Wien. 1895: Der Maler Walter Leistikow in Bromberg geboren (* 1868). 1902: Eröffnung der Universität Münster in Westfalen. 1913: Der Maler Carlo Carracci zu Neuport in Belgien gestorben (* 1864).

Sonnenaufgang: 6,44, Sonnenuntergang: 4,44. Monduntergang: 12,2 vorm., Mondaufgang: 2,27 nachm.

Vom Volksschulende.

Die Volksschule war seit je das Achenbrüdel bei der staatlichen Bildungsfürsorge. Die Klagen über Lehrermangel und überfüllte Klassen waren schon zu Friedenszeiten an der Tagesordnung, von der sonstigen Benachteiligung der Volksschule im Stoff und Lehrplan der Schule ganz zu schweigen. Während des Krieges sind die Verhältnisse immer schlimmer geworden. Viele Lehrer sind eingezogen, viele Schulen sind mit Militär belegt oder als Lazarett eingerichtet. Die Folgen davon sind mit der Dauer des Krieges immer verhängnisvoller geworden. Von einem geordneten Schulbetrieb kann kaum noch die Rede sein. Das muß natürlich seine Folgen für die Erziehung der Kinder haben. Die Kinder, die mit diesem Erfahrungsbildungsabgespielt werden, treten dann zu ihrem Schaden mit noch weniger Wissen ausgerüstet ins Leben, als es ohnehin schon bei Volksschülern der Fall war. Besonders schlimm liegen die Schulverhältnisse in den ländlichen Gemeinden, wo der Schulbetrieb oft nur in der dürftigsten Weise aufrechterhalten wird. Einen Beitrag zu diesem traurigen Kapitel liefert uns eine Zuschrift aus Anstahain, wo für den Unterricht der dortigen Schulkinder, die 300 Köpfe zählt, ein Lehrer und eine Kindergärtnerin als Lehrpersonal wirken. Der Lehrer ist zudem ein ganz junger Mensch, der, vor kaum vier Monaten die Vorbereitungsanstalt verlassen hat. Diese Lehrkräfte müssen also jede 350 Kinder unterrichten. Daß von einem erfolgreichen Unterricht nicht die Rede sein kann, ist selbstverständlich. Zu gleicher Zeit wird aber auch aus Anstahain berichtet, daß der dortige Rittergutsbesitzer Wagner für seine zwei oder drei Familienprivatlinge mit Genehmigung des sächsischen Kultusministeriums einen Hauslehrer halten darf. Man vergesse nicht, daß das Bild: in der Volksschule von Anstahain quälen sich zwei Lehrpersonen mit 300 Kindern ab, während draußen auf dem Rittergut für die drei Kinder eines reichen Rittergutsbesitzers ein Hauslehrer gehalten wird. Der Hauslehrer ist etwa 25 Jahre alt, während, wie schon hervorgehoben, der Volksschullehrer kaum erst die Vorbereitungsanstalt verlassen hat. Der Hauslehrer dürfte also schon eher als vollwertige Lehrkraft zu bewerten sein als der Volksschullehrer. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Volksschulkinder gegenüber den Kindern reicher Leute auch während des Krieges in dieser unerhörten Weise benachteiligt werden. Warum wird der Rittergutsbesitzer nicht gezwungen, seine Kinder mit in die Volksschule zu schicken? Dann könnte der Hauslehrer mit an der Erziehung wirken. Dadurch würde zwar auch noch keine genügende Behebung der Volksschule mit Lehrkräften erreicht, es wäre aber doch eine wesentliche Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes. Die Verhältnisse in Anstahain zeigen erneut, daß die Bildung ein Privileg des Geldes ist, und daß das sächsische Kultusministerium trotz der ungeheuren Opfer, die das Volk während des Krieges bringt, nichts an diesen Zuständen ändert.

Aus dem Stadtparlament.

Der gestrige, sehr kurze Stadtparlamentensitzung ging eine gemeinsame Sitzung beider städtischer Kollegien voraus, in der unter Vorsitz des Oberbürgermeisters verschiedene Wahlen vollzogen wurden. Unter den Eingängen beim Vorstand des Stadtparlamentenbureaus war eine Eingabe des Verbandes der Hausbesitzervereine Leipzig, die sich gegen die Erhöhung des Straßenbahnzins richtet. In der Eingabe wird die unbefristete Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehrs verlangt und von den Straßenbahngesellschaften gefordert, daß sie dem Bau einer Ringbahn näher treten. Stadtparlamentarier Schumann machte die Eingabe zur Kenntnis. Da zur Zeit noch keine Vorlage über die Erhöhung des Straßenbahnzins vorliegt, wird die Eingabe auch noch nicht beraten. Der Frauenverein, Ortsgruppe Leipzig, hatte eine Eingabe an das Kollegium gerichtet, in der er vorschlug, in eine größere Anzahl städtischer Ausschüsse auch Frauen mitzunehmen. Es wurden dann sechs Mitglieder des Kollegiums in den Ausschuss für Verhandlung der Frage einer Änderung des Stadtparlamentenwahlrechts gewählt, und zwar die Vizepräsidentin Heine und Pollender, sowie die Stadtparlamentarier Breslau, Jähne, Dr. Jund und Seidel. Daraus wurden eine Anzahl Rechnungen richtiggeprüft und 2000 Mark für den Umbau der Abortanlage im Pflegehaus II am Täubchenweg nachbewilligt. Zugestimmt wurde auch der Monatsvorlage, zur Anschaffung von drei Pferden für die Feuerwehr 7700 Mark (dreimal 4700 Mark = 14100 Mark, abzüglich der vorhandenen 6400 Mark) und zur Unterhaltung der Pferde 2000 Mark nachzubewilligen. Die nächste öffentliche Sitzung soll am 7. November stattfinden. Am Montag, dem 29. Oktober, findet eine nichtöffentliche gemeinschaftliche Sitzung beider städtischer Kollegien statt.

Papierverschwendung.

Papier zu sparen ist vaterländische Pflicht, so lesen wir jetzt in allen Zeitungen. In der Tat, das Papier ist außerordentlich knapp und auch sehr teuer. Tageszeitungen müssen dem Gewicht der Tatsache Rechnung tragen, müssen ihren Umfang einschränken, müssen in allen möglichen Narben erscheinen, weil Druckpapier nicht zu haben war, müssen selbst ihr Erscheinen für kürzere oder längere Zeit einstellen. Wo aber kann Papier gespart werden? Nun in erster Linie da, wo viel verbraucht wird. Natürlich ist da der erste Gedanke: die Presse. Gewiß, die Presse braucht viel Papier. Es gibt aber auch noch andre Stellen, wo Papier in Unmenge konsumiert wird. Wir haben schon in einem früheren Artikel auf den Buchhandel verwiesen, der eine Unmenge Schriften verlegt, die gar nicht einmal nötig zu sein brauchen, in dieser schweren Zeit aber ganz gut weggelassen könnten, ohne daß ein Notstand dadurch

erzeugt wird. Ein großer Papierverbraucher ist auch die Behörde. Soweit das Papier nötig ist, wird kein Mensch daran denken, hier das Sparen anzupfehlen. Es wird aber eine Unmenge Papier unnötig verbraucht. Der Zeitungsdienst des Deutschen Lehrervereins bringt erst kürzlich ein kleines Rezipiel hierfür. Die im amtlichen Schulblatt veröffentlichten Verfügungen werden außerdem durch Steindruck und Schreibmaschine vervielfältigt und an sämtliche nachgeordnete Stellen, Kreis- und Schulinspektoren, Schulleiter usw., versendet. Das ist nur ein Beispiel. In andern wird es nicht viel besser sein, dafür sorgt schon der Bürokratismus. Das kann Vaterland schreibt: „Von bayerischen Finanzministerium erging ein Schreiben an die sämtlichen Forstämter des Landes mit der Aufforderung, umgehend anzugeben, wieviel Gensin neuer in ihrem Bezirk abgeschrieben wurden. Unter den etwa 400 Forstämtern sind es aber nicht mehr als 1 oder 2, die für den Verbrauch von Gensin in Betracht kommen. Das sollte man auch im Finanzministerium wissen. Aber man weiß es offenbar nicht, darum wurde das Schreiben an alle Forstämter gerichtet. Diese Schreiben wurden vervielfältigt, ausgefertigt, mit Umschlag und Aufschrift versehen, markiert und der Post übergeben und von dieser zugestellt. Die 400 Forstämter mußten das Schreiben beantworten, in Umschlag legen, adressieren, frankieren, zur Post befördern usw.“ Das ist also nicht nur Papierverschwendung, sondern auch Kraftverbrauch, Belastung der Post, Portoausgabe in unnötiger Weise. Wir wollen noch an die Lebensmittellisten erinnern. Es möchte einmal nachgeforscht werden, wieviel von dem gedruckten Material unverbraucht bleibt. Wir meinen, daß da eine Unmenge Papier gespart werden könnte, wenn der Bedarf besser erfaßt würde. So z. B. haben wir Gänse- und Hasenarten erhalten. Wir wollen wetten, daß eine Sammlung der nicht verbrauchten Gänse- und Hasenarten allein schon in Deutschland einige Tausend Zentner Papier ergeben würde.

Die Zohlenhöner.

Ab 1. Oktober ist bekanntlich durch die Erschließungsgesellschaft die Herstellung und ab 1. Dezember auch der Vertrieb der Zohlenhöner aus Leder verboten worden. Diese Maßnahme ist einer der unvermeidlichsten der so überreichen Mißgriffe der Kriegszeit. Man kann sagen, daß bei der Knappheit der Lederrohstoffe die Lederhöner bisher noch einigermaßen geeignet waren, den Mangel auszugleichen. Nun sollen auch sie verschwinden. Eigentlich nicht verschwinden, sondern das Unterziehen unter das Schuhzeug soll nur noch durch Schuhmacherwerkstätten erfolgen dürfen. So haben es die Schuster in Sachsen verlangt und die Zohlenhönergesellschaft hat dem Begehren durch das Verbot stattgegeben. Das Verbot beweist also die Aufrechterhaltung der Schuhwerkzeugen. Das Interesse einer Handvoll Schuhwerkzeugen wird über das der gesamten Bevölkerung gestellt, besonders über das der breiten unteren Schichten. Es ist aber ein Unsin, sie auf Rollen der Arbeiter und sonstigen kleinen Existenzen künstlich über Wasser halten zu wollen. Leider ist von dieser Widerständigkeit schon in viel zu weitem Maße Gebrauch gemacht worden. Es wird höchste Zeit, daß mit dieser verkehrten Politik aufhört wird. Auf die Dauer ist sie ohnehin unhaltbar. Das Verbot sollte deshalb umgehend aufgehoben werden. Schließlich wird es doch nicht den Erfolg zur Erhaltung der Schuhwerkzeugen haben. Denn wenn die Schuhmacherwerkstätten nicht ohne die Arbeit der Lederhöneranfertiger zu existieren vermögen, so auch nicht mit dieser Hilfe. Für den Arbeiter, den kleinen Beamten und sonstige kleine Existenzen ist aber das Verbot eine neue ungerechtfertigte Belastung. Darum fort damit!

Zunahme der Straftaten nach dem Kriege.

In juristischen Kreisen glaubt man, daß nach dem Kriege die Verbrechen und Vergehen zunehmen werden. Auf einer Tagung für das Gefangen-Fürsorgewesen in Berlin hat Staatsanwaltschaftsdir. Dr. Rosenfeld sein Bedauern über die geringen Fortschritte der Strafrechtsreform ausgesprochen und erklärt, die Vorbereitungen für die künftigen Friedensaufgaben würden kräftig begonnen werden müssen; denn es sei leider mit einer Zunahme der Straftatensätze zu rechnen. Vielen werde es sehr schwer werden, sich in normale Verhältnisse wieder einzurichten, und man müsse leider erwarten, daß es daher vielfach zu Entlassungen kommen werde. Auch mit einer Zunahme der Straftatensätze bei Jugendlichen, sowohl der unbefragten als auch der befragten, sei zu rechnen. Durch die letzten, im Interesse der Jugend sehr klagenwert hohen Kriegslöhne habe sich die Jugend vielfach ein Leben angewöhnt, das sie nach dem Kriege bei wieder mehr normalen Löhnen nicht würde weiterführen können. Es müsse bei dieser Sachlage mit Sicherheit vorausgesehen werden, daß infolgedessen die Straftaten der Jugendlichen zunehmen würden. Auch die Fürsorgeeinrichtungen würden sich auf diese Zeit richten müssen. Das sind trübe Aussichten. Wie ganz anders klang es zu Beginn des Krieges in manchen Kreisen. In jener Zeit konnten der „Zegen“ und die „Vorsätze“ des Krieges nicht laut genug dem Volke verkündet werden. Was die „belagerten“ hohen Kriegslöhne betrifft, so hat der Reiner ganz die wirklich belagerten hohen Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel übersehen. Die angeblich hohen Löhne reichen lange nicht zu einer Lebenshaltung aus, wie sie vor dem Kriege war. Fortschritte hat die Reform des Strafrechts in den letzten Jahren überhaupt nicht gemacht. Und dabei ist eine gründliche Änderung des Strafrechts und des Strafvollzugs dringend erforderlich. Wie in andern Fragen, so wird auch auf diesem Gebiet eine wirkliche Memorierung nur kommen, wenn es der arbeitenden Bevölkerung gelingt, maßgebenden Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung zu gewinnen.

Lebensmittellisten für Freitag, den 26. Oktober.

Für Haushaltungen. Ausgabe: Butter: Beginn — bestellt mit 6 E, K und 8 der allgemeinen Lebensmittelliste 21, 1. Zuckerkart, Landespreiskart für Magermilch, Quark und Käse, Landes-Gasthaus-Kartoffelmarken und Hasenkart Nr. 301 bis 300 der Haushaltungskarte. Für Händler. Fleisch: Bis mittags 12 Uhr Markenablieferung durch den Fleischer. Marmelade: Warenausgabe, Roscherstraße 11/13, vorm. 1/8 bis 12 Uhr, Sch., St., nachm. 1/1 bis 5 Uhr, S.

Hermann Ohmanns Einäscherung wohnte eine große Zahl Genossen und Freunde bei, die es sich nicht hatten nehmen lassen, dem selber so früh Verbliebenen die letzte Ehre zu erweisen. Ohmann war das Musterbeispiel eines für seine sozialistischen Ideale treu kämpfenden, niemals wankenden Proletariats, schlicht und einfach, ohne jede äußere Effekthascherei tat er bis zum letzten Hauch seine Pflicht auf politischem, gewerkschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete. Dies kam in den ehrenden Nachrufen, die Lipinski für die Partei, Gerike für den Holzarbeiterverband, Wittig für die Ortsbankkassette und Scheiber für die

Genossenschaft hielt, deutlich zum Ausdruck. Der reiche Blumenschmuck zeugte von der Liebe und Achtung, deren Ohmann sich erfreute. Ergreifend hielten die Arbeiterfänger mit ihrem: „Still ruht ein Herz“, und: „Wenn sich zwei Herzen scheiden“, dem toten Freunde den letzten Abschiedsguß. Es bedeutet mehr als eine leere Formel, wenn die Redner meinten, die kämpfenden Arbeiter sollten Ohmann nachemulieren, denn ihm waren die Ziele der Arbeiterbewegung heilig und hehr. Dank dem toten Freunde für seine opferreiche und vielseitige Tätigkeit zum Wohle der Arbeiterschaft!

Für die durchgehende Arbeitszeit. Die dringend notwendige Kohlenersparnis veranlaßt die Handelskammer zu einem Aufruf an Handel und Industrie in Stadt und Land. Die Interessentenkreise werden aufgefordert, sich zusammenzuschließen, um die freiwillige Einführung der durchgehenden Arbeitszeit zu erleichtern.

Anmeldung Militärpflichtiger. Es wird erneut darauf hingewiesen, daß jeder junge Mann während der Dauer des Krieges verpflichtet ist, sich mit Vollendung des 17. Lebensjahres zur Landsturmrolle anzumelden und daß Unterlassung dieser Meldung Bestrafung nach sich zieht. Die Meldung der in der Stadt Leipzig — einjährig, aller einverleibten Vororte — Wohnenden hat beim Quartieramt zu erfolgen.

In den 18 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 15. bis 20. Oktober die Speiseabgabe auf rund 40000 Mahlzeiten gegenüber rund 48000 in der Woche zuvor.

Die neuen Gasthauskartoffelmarken werden in der Zeit von Donnerstag, den 25. Oktober, bis Freitag, den 2. November, in den Kartenausgabestellen auszugeben. Jeder über ein Jahr alte Versorgungsberechtigte erhält eine Landes-Gasthauskartoffelkarte mit 28 Marken, jede auf 1/2 Pfund lautend. Das gilt auch für Selbstversorger und Vorratshaber. Vorzulegen ist wie üblich die Gasthauskarte und ferner der Wohnungsmeldeschein. Der Anspruch auf diese einmalige Gewährung einer Landes-Gasthauskartoffelkarte ohne Anrechnung erlischt mit dem 10. November. Wer diese Karte nicht einbilden will, hat sie bis dahin abzugeben. Wer noch alte Gasthauskartoffelmarken im Besitz hat, kann sie spätestens bis zum 30. Oktober in den Kartenausgabestellen umtauschen. In den Gastwirtschaften usw. sind die Marken nach Maßgabe der verabreichten Kartoffeln abzugeben. In den städtischen Speiseanstalten und Kriegsküchen sind mindestens zwei Marken für jede Mahlzeit abzugeben, für die sechs Werktage einer Woche mithin mindestens insgesamt zwölf Marken.

In der Kochkistenabteilung des Leipziger Hausfrauen-Vereins, Nürnberger Straße 25, sind viele Kochkisten und Kochtöpfe in allen Größen eingetroffen. Die Kochkisten können dort sogleich sachgemäß mit Holzwole gestopft werden.

Petroleumbezug. Bei Verbrauchern sind Zweifel darüber entstanden, ob sich nach Erlass der Monatsbekanntmachung vom 24. Oktober auch diejenigen nochmals bei einem Händler anmelden müssen, die sich schon auf Grund der früheren Bekanntmachung bei einem Händler angemeldet und von diesem eine Petroleumkarte ausgehändigt erhalten haben. Es wird hiermit ausdrücklich festgestellt, daß jeder Verbraucher, sofern er in seiner Wohnung weder Gas noch elektrische Beleuchtung hat, sich erneut bei einem Händler anmelden hat. Dasselbe trifft auf Interneter zu. Die Anmeldung hat spätestens bis zum 27. Oktober zu erfolgen.

„Keppige Friedensverpflegung“ in Arbeitshäusern. Auf der Tagung für das Gefangen-Fürsorgewesen in Berlin ist die Frage erörtert worden, wie weit an Stelle des Arbeitshauses die Arbeiterkolonie für Wanderarme treten könnte. Von einem Redner ist erklärt worden, wo sich die Leute mehr nach dem Arbeitshaufe richten, hätte es sich herausgestellt, daß sie es in der 1 r t i m l i c h e n Erwartung setzen hätten, im Arbeitshause noch dieselbe keppige Friedensverpflegung vorzufinden. — Wenn die magere Kost, die es vor dem Kriege in den Arbeitshäusern gab, als läppig bezeichnet wird, wie mag es dann jetzt mit der Verpflegung in diesen Anstalten bestellt sein? Die Ansassen der Arbeitshäuser sind Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die das Schicksal besonders hart ansieht. Sie haben ebenfalls Anspruch auf eine ausreichende Ernährung.

Berkelkeß zu Brotausstich. Die Berkelkeßfrage gab zu einer Aussprache in der Vierteljahrsversammlung der Fleischerrinnung von Dresden Anlaß. Es wurde angefragt, warum so viele Berkel abgeschlachtet würden, wo doch die Fettart ohnehin so groß und das Schwein das einzige Tier sei, das in drei bis vier Monaten fertig letere. Der Vorsitzende Obermeister Wilschel erwiderte hierauf, daß diese Abschachtung von der Reichsfleischstelle so angeordnet worden sei. Aus dem Berkelkeß werde Brotausstich gemacht, der später zur Verteilung kommen soll.

Polizei-Verbot. Die Direktion des Berliner Künstler-Ensembles teilt uns mit, daß durch Polizeiverbot vom 23. Oktober 1917 jugendlichen Personen unter 18 Jahren der Besuch der Vorstellung „Im Bahnwärterhaus“, welches allabendlich im Theaterkafe des Krystall-Palastes zur Aufführung gelangt, nicht gestattet ist.

Eine Gemeinde wegen Butterzurückhaltung bestraft. Das Wohlauer Kreisblatt enthält eine amtliche Bekanntmachung, in der mitgeteilt wird, daß der Gemeinde Wohlau wegen Butterzurückhaltung bis auf weiteres weder Kohlen noch Spiritus und Petroleum zugewiesen werden. Es soll ferner für die Gemeindefürsorge kein Urlaubsgesuch und keine Reklamation mehr befristet werden. Sollte auch die Milchlieferung nicht erfolgen, so werden die in Betracht kommenden Wirtschaften kein Fleisch mehr, keine Zuckerkartons mehr erhalten. Außerdem sollen die Schuldigen sämtlich der Staatsanwaltschaft übergeben werden.

Zusammenstoß. Heute früh gegen 8 Uhr ereignete sich an der Kreuzung der Marien- und Mittelstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen der roten Linie 5 und einem Kolonnenwagen, der mit Notationsdruckpapier schwer beladen war. Außer Materialschaden ging der Unfall glücklicherweise für alle Beteiligten ohne Folgen ab.

Kuchen- und Kleinfleischverkauf auf dem Schlachthof. Freitag, den 26. Oktober, von 8—12 Uhr nur an Urlander; von 2 bis 3 Uhr an die Nummern 1 bis 1000; von 3—4 Uhr an die Nummern 1001 bis 2000. — Passendes Kleingeld und 4 Fleischmarken G sind mitzubringen.

Die Firma Augustin verkauft heute Rindsknochen an die Nummern von 67901 bis 68900.

Freibank I: Heute Nr. 1 bis 400; Freibank II: Nr. 581 bis 920.

Neue Bekanntmachungen. Die in der vorliegenden Ausgabe abgedruckten neuen Bekanntmachungen betreffen: Regelung des Abfahres von Fischen und Fischwaren; Mehl- und Badwarenpreise in Leipzig-Land.

Polizeinrichten.

Zum Mord in Schleußig: 3000 Mk. Belohnung! Da die Umstände, unter denen der Polizeiergeant Krudt in Schleußig ermordet worden ist, noch nicht geklärt sind, hat der Herr Regierungspräsident in Merseburg die Belohnung für Ermittlung des Täters auf 3000 Mk. erhöht. Es wird deshalb hierdurch das Publikum nochmals aufgefordert, jede Beobachtung, die auch nur entfernt mit dieser schrecklichen Tat in Verbindung zu bringen wäre, bei der Leipziger Kriminalabteilung oder der Polizeiverwaltung in Schleußig zu melden. Es werden die wesentlichen Punkte nochmals aufgeführt: Eine schwarzbraune Lederbrieftasche mit etwa 452 Mk. wird ver-

milt. Diese Fische war etwa 10 bis 18 Zentimeter groß, auf jeder der beiden aufklappbaren Seiten war ein Horn, auf der einen Seite hatte sie ein helles Zelluloidbild. Eine Seitenrinne ist aufgerissen. Es ist besonders wichtig, zu erfahren, wenn der am Totort vorgefundene, mit unklappbarer Decke und mit einem grünen Glas- oder Emaille-Einlage versehenen Kasten- oder Kastenstückchen gefüllt oder woher er stammt. Der Kasten kann bei der Polizeiverwahrung in Schließfach angeordnet werden. Es besteht kein besonderer Verdacht mehr, daß die Tat von Personen in feidgrauer Uniform oder in Nagelstiefeln begangen ist. Neben der Möglichkeit, daß die Täter es auf die Geldtasche des Ermordeten abgesehen haben, ist es auch nicht ausgeschlossen, daß die Tat aus Mordlust oder aus Eifersucht begangen ist. Wie jetzt noch bekannt geworden ist, soll sich am 20. September gegen 10 Uhr, also am Vormittag nach der Morgens, am Märchenbrunnen am Thomaring in Leipzig ein Mann Mittelflecken aus seiner Kleidung, sowie ein stark mit Blut durchdränktes weisses Taschentuch ausgemacht haben. Der Mann soll 50 Jahre alt und 1,70 Meter groß gewesen sein, einen grau melierten Schnurr- und Vollbart getragen haben und mit einem graubraunen Anzug, schwarzen Schuhen und schwarzem, steifem Hut bekleidet gewesen sein. Bei sich soll er einen hellbraunen Spazierstock mit gebogenem Griff gehabt haben. Beobachter auch dieses Portfolios werden gebeten, Mitteilung hiervon bei den bezeichneten Dienststellen zu machen.

Strohenunfälle. Am 28. Oktober sind wiederum vier Zusammenstöße zwischen Rotornwagen der Strohenbahnen vorgekommen und zwar in der Teilinger Straße mit einem Rollgeschirr, in der Weichenfelder Straße mit einem Hochseitslutgeschirr, in der Bornaischen Straße mit einem leichten Fuhrwerk und im Peterssteinweg mit einem beladenen Mähdewagen. In allen vier Fällen sollen die Führer der Geschirre entgegen der strahenpolizeilichen Vorschrift, nicht nur genügend rechts, sondern sogar auf den Gleisen der Strohenbahn gefahren sein, obgleich gerade die jetzt bestehende mangelhafte Strohenbeleuchtung und dadurch bedingte schlechte Uebersicht die Geschirrführer veranlassen sollte, sich peinlichst an die Verkehrsregeln zu halten. Durch ihre Gleichgültigkeit erhöhen sie nur die Gefahren des Strohenverkehrs für sich und das andere Publikum. Auch andere Personen, namentlich Frauen und Kinder mit Kleinen und großen Handwagen fahren ganz wie es ihnen beliebt, ohne dabei zu bedenken, daß sie sich dadurch in steter Gefahr befinden. Es soll jedoch soviel wie möglich rechts fahren, damit ein ihm überholendes Geschirr oder ein Radfahrer links an ihm vorbeifahren kann.

Keine Verbrechensspuren vermissen! Zur Ermittlung der Liebe von Feldfrüchten und der Täter bei Einbrüchen in Städten und Gärten usw. in der Stadt, sowie in der weiteren Umgebung von Leipzig wird oft der bei dem Polizeiamte der Stadt Leipzig zur Verfügung stehende Polizeibeamte Hartmann-Dilburg verlangt bzw. erbeten. Es ist nun in den weitaus meisten Fällen beobachtet worden, daß die Täter nicht nur von der Tat entsetzender Personen betreten worden waren, sondern später noch mitunter von einer ganzen Anzahl neugieriger Personen aufgesucht und dort Gegenstände usw. berührt worden waren. Es sei darum besonders und wiederholt darauf hingewiesen, daß die, an denen Verbrechen begangen worden sind, so wenig wie möglich betreten werden dürfen, überhaupt in dem Zustande verbleiben müssen, wie sie gefunden worden sind. Es könnten sonst Personen, die hiergegen handeln, leicht als die Täter angesehen werden, wie es jetzt geschehen ist.

Aus der Reichshauptstadt.

Der Salzschlüsselpreis. Nach einer Verordnung des Magistrats darf der Kleinhandelspreis für Salz den Betrag von 16 Pfg. für Steinsalz den Betrag von 11 Pfg. je Pfund nicht übersteigen.

Käse. Vom Freitag, dem 28. bis Montag, dem 30. Oktober, wird in den Bezirken der Brotkommission 120 bis 130 an die dort in die Speiseeinkaufsstellen eingetragenen Kunden je 125 Gramm holsteinischer Magerkäse verteilt. Ein Pfund kostet 1.12 Mk.

Von der Strohenbahn überfahren. Vor dem Hause Dorfstraße Nr. 28 lief der vierjährige Knabe Heinrich Goeth in einen Strohenbahnwagen. Das Kind geriet unter den Trighwagen und es wurde mit Hilfe der Feuerwehre als Leiche hervorgezogen.

Die englischen Wollwerke. Dem Letzter Freitag ist die Vorlage über den Erwerb der englischen Wollwerke zugegangen. Die gibt zunächst eine Darstellung der Entwicklung der Englischen Wollgesellschaft in Groß-Berlin und schildert den bekannten Gang der Ausbreitung. Bei den Verhandlungen hierüber haben sämtliche beteiligten Gemeinden zunächst im September 1916 sich auf ein gemeinsames Angebot von 78 Mill. Mark geeinigt. Ein weiterhin eingehendstes Oberamtliches dreier Sachverständiger schätzte den Wert der Anlagen der Englischen Wollgesellschaft auf 88,2 Millionen, während die Regierung jetzt 85,2 Mill. Mark verlangt. In der Vorlage heißt es hierüber: Die Stadt Berlin hat auf diese Ausschreibung ein Gebot nicht abgegeben, wohl aber haben dies die beiden Kreise, und zwar gemeinsam und einzeln in Höhe des geforderten Mindestkaufpreises auf 85,2 Millionen getan. So schwer es für den Kreisausbruch auch war, ein so hohes Gebot abzugeben, so hielt er sich doch hierin im Interesse des Kreises für verpflichtet, um zu verhindern, daß das Unternehmen in andere Hände überging. Denn es ist mit aller Sicherheit anzunehmen, daß es andernfalls der Privatindustrie gelungen wäre, allein das Unternehmen zu erwerben, zumal diese bereits einmal ein Angebot gemacht hatte.

Die teuren Spanferkel. Der Magistrat Berlin hat durch Vermittlung der Schlächter an die Bevölkerung marktfreies Spanferkelfleisch zum Preise von 4.50 Mk. für das Pfund verkauft, während das Fleisch der größeren Schweine einen Höchstpreis von 2.10 Mark besitzt. Das Kriegswirtschaftsamt nahm Veranlassung, den Magistrat um die Ursache dieser hohen Preise zu befragen und der Magistrat hat eine Reklamation aufgestellt, mit der er beweisen will, daß der Preis nicht zu hoch sei. Auch behauptet der Magistrat, die Stadt hätte nicht einen Pfennig verdient! Die Fleischler werden aber gut abgeschrieben haben. Der Preis soll übrigens auf 4.35 Mk. herabgesetzt werden.

Zoiefahren. Verstüßelt aufgefunden wurde ein unbekannter Knabe auf den Schienen der Strohenbahn in der Prenzlauer Allee. Die Leiche lag vor dem Grundstück der städtischen Gasanstalt. Wie der Knabe verunglückt ist, hat niemand gesehen. Nach dem Befunde sind mehrere Strohenbahnzüge über den Verarmten hinweggegangen.

Kaserverstaltung. In der Auestraße 16 zu Neudöhlen wohnte die 27 Jahre alte Ehefrau Marie des Zimmermanns Tischer mit ihren fünf Kindern im Alter von 2 bis 12 Jahren. Als die Frau nicht zur Arbeit erschien, wurde die Wohnung geöffnet. Man fand die Mutter mit ihren fünf Kindern in den Betten tot liegen. Die Untersuchung ergab, daß der Schlaf des Gatten unruhig war. Der Mann steht im Felde.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Markranstädt. Kartenausgabe. Die Ausgabe der neuen Reichskartenscheine erfolgt für die hiesige Stadt stufenweise Freitag, 28. Oktober, von 9-11 Uhr vormittags und 14-8 Uhr nachmittags in den bekannten Ausgabestellen. (Neue und alte Schule und Postamt). Die Abgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der städtischen Fleischhausweisarten.

Einbruch. Täglich verlegt wurde Dienstagmorgens das dreijährige Töchterchen des Schlossers Heine in der Ringstraße. Kinder hatten beim Spielen die Arme eines Wagens gelockert. Durch den in Bewegung geratenen Wagen erhielt die bedauernswerte Kleine einen heftigen Schlag am Kopf, daß der Tod sofort eintrat. Es wurde Schädelbruch festgestellt.

— Schnittmühle (Kochgeschirre) werden in den nächsten Tagen durch die hiesigen Materialvergeschäfte zum Verkauf abgegeben. Interessenten wollen den Abschnitt 14 A der Lebens- und Gebrauchsmittelkarte blau, gelb, braun in den Geschäften bis Freitagmorgen 12 Uhr abgeben.

Bestellg. Verkauf von Speisemöhren. Auf den Abschnitt Nr. 135 aller Lebensmittelheine werden je 2 Pfund Speisemöhren bei Schindler, Mühlentstraße, Ring, Gerbersan, Berner, Mohlpf, Meißner, Ellenburger Straße, und im Konsumverein, Meißnerstraße, abgegeben.

Sächsische Angelegenheiten.

Ueber Eisenbahnverkehrsbeschränkungen

wird mitgeteilt: Um der heimischen Bevölkerung die für den kommenden Winter unbedingt notwendige Menge an Kohlen sicherzustellen, ist es erforderlich, den Reiserverkehr in andre Bahnen zu lenken. Am Nah- wie im Fernverkehr muß eine viel größere Spar-samkeit Maß greifen, als bisher der Fall war. Die wesentliche Erhöhung der Schnell- und Sitzauslastung hat die erwartete Wirkung nicht gezeigt. Man wird sich demnach künftig an ein gänzlich verändertes Verkehrsmodell auf den Bahnhöfen gewöhnen müssen, und das erste und dringendste Gebot lautet: Reise nur, wenn es unbedingt notwendig ist! Jede Eisenbahnfahrt aus Annehmlichkeit-gründen muß jetzt unterbleiben. Von dieser Verkehrsbeschränkung werden Militär und Zivil in gleichem Maße betroffen. In diesen Tagen ist eine militärische Urlaubssperre in Kraft getreten, die auch über Weihnachten hinaus aufrechterhalten werden soll und voraussichtlich erst im Frühjahr 1918 aufgehoben wird, wenn etwa in der Zwischenzeit eine Wendung der Dinge nicht andres gebietet. Es muß ausgedrückt werden, daß der Urlaubsverkehr an den Sonnabenden und Sonntagen einen Umfang angenommen hatte, der nicht nur einen bedeutenden Kohlenverbrauch, sondern auch eine enorme Inanspruchnahme des Wagenmaterials wie des Beamtenpersonals hervorrief. Nach vielen Tausenden stöhnten die Seereisebegleiter, die an den genannten Tagen unterwegs waren und nur um kurzen Aufenthalts in der Heimat willen stunden-lange Fahrten zurücklegten. Man bedenke dagegen, wie selten der Frontsoldat die Möglichkeit hat, bei seinen Angehörigen zu sein. Andererseits muß natürlich auch vermieden werden, daß nun eine Massenfahrt nach den Garnisonorten stattfindet und etwa das Gegen-teil der Absicht herbeigeführt wird. Darum werden auch weitere einschränkende Bestimmungen für den Zivilverkehr unerlässlich sein und dadurch gänzlich neue, ungewohnte Zustände entstehen. Aber dies alles muß ertragen und ruhig hingenommen werden. (!) Die Bevölkerung darf davon überzeugt sein, daß sich die Behörden nur nach reiflicher Erwägung und schweren Herzens zu solchen tief ein-schneidenden Maßnahmen entschlossen und daß diese letzten Endes doch nur zum Wohle der Allgemeinheit getroffen werden mußten. (!)

Die sächsischen Handelskammern zur Erhöhung der Schnellzug-fahrtspreise.

Die am 18. Oktober eingeführte Erhöhung der Schnellzugfahrtspreise hat in den Kreisen von Industrie und Handel lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Den Bedenken, die gegen diese Maßnahme vom Standpunkt der Geschäftswelt geltend zu machen sind, hat der Deutsche Handels- und Gewerbeverein sächsischer zur Vertretung von Handel und Gewerbe gegesellschaft berufener Körperschaften, sofort nach Bekanntwerden der nennere durchgeführten Einschränkung an zuständiger Stelle Ausdruck verliehen. Die Mitteilungen, die bei dieser Gelegenheit dem Deutschen Handelsstag gemacht wurden, lassen leider nur geringe Hoffnungen, daß jetzt noch eine wesentliche Änderung der getroffenen Maßnahmen möglich ist. Im Hinblick darauf, daß durch die von den Eisenbahnverwaltungen gewählte Form der Verkehrsbeschränkungen vor allem die in Sachsen stark vertretenen kleineren und mittleren Gewerbetreibenden schwer getroffen werden, beschloßen die sächsischen Handelskammern gleichwohl auch weiterhin gemeinsam geeignete Schritte zu ergreifen, um eine Milderung der unerwünschten Vorkehrungen zu erreichen. Die sächsischen Handelskammern sind der Überzeugung, daß sich die unerlässliche Beschränkung des Personenverkehrs auch in einer Form durchführen läßt, die die Härten und Ungerechtigkeiten der ganz willkürlichen Erhöhungen der Schnellzugfahrtspreise vermeidet.

Es handelt sich dabei keineswegs nur um die Geschäftswelt, deren Interessen durch die Einschränkung aufs allerschwerste beeinträchtigt werden, sondern auch um die Arbeiterschaft, die schwer darunter leidet. Die Parlamentarier hätten die Befugnisse, die Verfügungen und Beschlüsse der Regierungen zu korrigieren, denn schließlich sind die Bahnen des Publikums wegen da und nicht umgekehrt, daß getan wird, als erwiese man dem Publikum eine Gnade, wenn man es reisen läßt.

Die Heiligkeit des Sonntags.

Im Landtag unternahm die der Ersten Kammer angehörenden Geistlichen vor kurzem einen lebhaften Vorstoß, um während der Kriegszeit eine Milderung der Verordnung über die Sonntagsruhe in normaler Zeit zu erzielen. Anlaß dazu gab eine Petition, die eine Herabsetzung der Polizeistunde wünschte. Jetzt ist diese ganze Sache gar nicht aktuell, denn Vergnügungen gibt es nicht, und auch mit der Polizeistunde könnten die Herren zufrieden sein. Sie glauben aber, jetzt günstigeren Boden für ihren Vorstoß zu haben. Die Zweite Kammer hat allerdings einen Sirich durch diese Rechnung gemacht. Bemerkenswert war jedoch, wie Oberhospizdiger Diakons die Wünsche der Petenten vertrat. Er meinte, wenn er auch jedem von ganzem Herzen seine Erholung gönne, so erscheine es ihm doch recht bedenklich, ja geradezu gefährlich, wenn man immer wieder an der Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung, die zu den Grundpfeilern christlicher Volkswohlfahrt gehörten, rüttelte. Gerade jetzt in der Kriegszeit, in der sich alle unter eine frühere Polizeistunde füllen müßten, würde es leichter sein, eine Verordnung wieder zurückzunehmen, die viel Unzufriedenheit hervorgerufen und Unheil geschaffen habe, als nach dem Kriege, wo dann eine andere Festsetzung der Polizeistunde bei der anwachsenden Vergnügungslust schwer durchzuführen sein werde.

Wir meinen, daß diese Begründung gerade jetzt so unglücklich wie möglich ist. Die Sonntagsruhe soll „ein Grundpfeiler christlicher Volkswohlfahrt“ sein. Gegenwärtig ist doch aber von Sonntagsruhe, besonders in den Rüstungs-fabriken, keine Rede mehr. Also wird zur Zeit recht stark

an dem „Grundpfeiler“ gerüttelt. Denn volkswirtschaftlich hat doch die Sonntagsruhe ihre größte Bedeutung in der Arbeitsruhe. Haben schon in normalen Zeiten die Unternehmer wenig nach Sonntagsheiligung gefragt, so wird jetzt die ununterbrochene Schäfterei in den Betrieben geradezu als unerlässliche Pflicht hingestellt. Dagegen hat die hohe Geistlichkeit natürlich nichts einzuwenden.

Ein Streich der Abhängigen.

Die Ortsgruppe Casselstraße des Sozialdemokratischen Vereins ist seinerzeit nach einem mit großer Mehrheit in einer Mitgliederversammlung gefassten Beschlusse zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übergetreten. Daraufhin zogen die Handvoll Abhängige wie die enttäuschten Lehrlinge davon. Seitdem saßen sie auf Mache und hatten sich schließlich so eine Art Mäuer-schützlein outgedacht. Mit dem Uebertritt der Gruppe ging natürlich auch ihr Eigentum an die neue Organisation über. Darauf aber hatten es die Abhängigen besonders abgesehen. Im Vereins-saal, dem Hauptsitz des Vereins, stand der Bibliothek-schrank. Dieser Tage erschienen nun die Herren Lagerhalter Dieb, Lischer Reihardt und Orlantantassenbramer Lehmann in Abwesenheit des Vereins — der beim Militär ist — in dem Saale und redeten der Wirtin vor, sie hätten von der „Bezirks-verwaltung“ den Auftrag, den Schrank wegzuholen. Und so geschah es auch. Die Herren drangen unbefugterweise in das Zimmer ein und hielten den Bibliotheksschrank nebst Inhalt weg. Sie werden nicht wenig stolz auf dieses Mäuer-schützlein sein, machen sich im Grunde doch aber nur höchst lächerlich damit. Denn sie dürfen sich doch nicht einbilden, mit dieser materiellen Schädigung die kräftig vorwärtsstrebende Entwicklung unserer Sache aufzuhalten. Wenn es nicht weiter reicht, als zu derartigen Streichen, dann können die Herren einsparen. — Der Schrank soll sich in der Ver-wahrung des Herrn Reinhardt befinden. Ob er da gerade gut aufgehoben ist, erscheint doch fraglich. Wir erinnern an die eigen-artigen Umstände, unter denen Herr Reinhardt seinerzeit nach Amerika abkam, von wo er allerdings bald wieder zurückkehrte. Auch Herr Lagerhalter Dieb hat dabei eine gewisse Rolle gespielt.

Ins Reichsbeleidigungsamt berufen.

Der nationalliberale Landtagsabgeordnete Hellner wird ins Reichsbeleidigungsamt einberufen. Bisher war er im Verwaltungs-dienst in Polen. Dort scheint sich seine Mission erledigt zu haben, daß er jetzt in das genannte Amt eintritt. Von seinem eigentlichen Amt als Landgerichtsdirektor scheint er ganz entbunden zu sein, denn seine ehrenamtliche Tätigkeit als Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter nimmt seine Zeit doch auch sehr in Anspruch.

Bauvereinswesen. Der Verband der gemeinnützigen Bauvereinigungen im Königreich Sachsen (v. B.) hielt in Dresden seine fünfte ordentliche Versammlung ab. Wichtig ist deshalb, daß rechtzeitige Pläne gefaßt und Maßnahmen ergriffen werden, um diese Schwierigkeiten möglichst zu überwinden, und daß Organi-sationen bestehen, die zu Trägern solcher Aufgaben werden. Die Mitglieder- und Mitgliedschaft aus den Bauvereinigungen blieb un-beachtet, so daß der sächsische Verband sich sogar um einige Ge-nossenschaften verstärken konnte. Die 1916 bemerkte geringe Ab-nahme der Anzahl der Genossenschaften, der Geschäftsanteile und des Gesamtvertrages der Pastimmten schwächte sich ab. Die Bautätigkeit selbst hat sich 1916 dem Stillstand genähert. Der Verband hat in mehrfacher Richtung der Zukunft vorzuarbeiten gesucht, indem er u. a. die Industrie, die Arbeitgeberkreise stärker für die genossen-schaftliche gemeinnützige Wohnungsbauherstellung heranzuziehen sich bemüht, Mutteranträge für Ueberlassung von Baugelände und für Herabgabe von Darlehen aufstellte, die Eingabe zur Gründung einer Sächsischen Kleinwohnungs-Pandemisches-Aktien-gesellschaft bei der Regierung veranlaßte usw. Gut sind auch die Anläufe zum Zusammenschluß zu einem Reichsverband der Bau-genossenschaftsverbände. Dem Bericht folgte ein Vortrag von Dr. Arnschwitz über die gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Dresden. Unerhörte Gewinne streift die Stadt aus dem Be-zriehe des Weinanweilers ein. Aus den mit 200 204 Mk. ein-gekauften Reinen wurde der „belebende“ Pruitonstein von 278 722 Mark, also nahezu 100 Prozent, erzielt! Ein Glas Rotwein (Friedensware), das früher im Kaiserpreis 35 Pfg. kostete, wird dafür aber auch jetzt um den dreifachen Preis verkauft! Und so sind die übrigen Weinpreise ebenfalls lawinenartig gestiegen. Es wäre interessant gewesen, zu erfahren, auf welche Weise eigentlich die Notwendigkeit zu solchen Preisen begründet würde. Aber davon ist in dem Bericht nichts zu lesen. . . Sehr vorbildlich für die jetzige Zeit scheint uns eine solche „Handlungs-genialität“ einer Stadtbehörde wahrhaftig nicht zu sein.

Käufte übrigens ein 100prozentiger Gewinn nicht unter das Wundergeheiß? Wie wäre es, wenn sich das Landesministeramt ein-mal mit der Frage beschäftigen wollte? Es könnte bei dieser Ge-legenheit auch gleich die Preise auf den Wucher hin prüfen, die in den Kaffeehäusern genommen werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Wegen Mordversuch an ihren beiden Kindern erster Ehe wurde die Tischlerweibfrau Marie Gullisch aus Niedernuritz verhaftet. Nachdem sie schon wiederholt geäußert hatte, die beiden zwölf und dreizehn Jahre alten Kinder zu töten, ging sie mit ihnen nach der Zoffperre der Firma Brach, verband ihnen die Augen und stürzte sie ins Wasser. Durch Hinankommen des Revierförstere Breißler wurde die Frau gerettet, das Mädchen aus dem Wasser wieder heraus-zuziehen; der Knabe konnte sich selbst retten. — Ein Schmutzler, der in Tuga bei Oberbach auf einem Pochgange von Grenzschu-feruten angehalten wurde, wollte entfliehen, wurde aber von einer Kugel des Grenzpostens getroffen und starb an der Verletzung. — Bei Döbze des Schulhauses in Heiligens bei GutsMuths A. B. in am Mittwoch der 16jährige Schornsteinfeger-lehrling Willi Schmidt herabgestürzt und kurz darauf an den Folgen des Sturzes gestorben.

Vereine und Versammlungen.

Ortsverein Wagnitz-Rindow-Zelzsch.

Ulyer Ortsverein hielt am 10. Oktober seine Halbjahrs-Gen-eralversammlung ab, in der Genosse Lipinski einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Grundzüge der Demo-kratie hielt. Sodann berichtete der Vorsitzende Genosse Voigt über den Stand des Vereins, der zur Zeit 308 weibliche und 4008 männliche Mitglieder zählt. Gestalten sind 198 und hier gestorben sind 22 männliche und 3 weibliche Mitglieder. Nachdem er noch die Be-schränkung des Besammlungswezens und der Presse durch Belage-rungszustand und Zensur einer kurzen Besprechung unterzogen, forderte er sowie auch ein Diskussionsredner zu recht reger Partizipation und energischer Aufstellung der Gleichmütigen auf. Hier-auf erstattete Genosse Deiser den Kassenbericht, der in Einnahmen und Ausgaben mit 4170.00 Mk. balancierte. Die Bilanzbillet wies im Berichtsjahre 2784 Vester mit 5327 ausgegebenen Büchern auf, während in der gleichen Zeit des Vorjahres 8177 Bände aus-gegeben wurden. — Die Versammlung war sehr gut besucht.

Ortsverein Leipzig-Df.

In der am 10. Oktober abgehaltenen Halbjahrsversammlung hielt Genosse Dr. Geier einen Vortrag über die politische Lage. Den Bericht vom letzten Halbjahr gab Genosse Seidel. Die Mit-gliederzahl betrug am 1. Oktober 1281 (714 männliche und 520 weibliche). Aus dem Kassenbericht ist zu bemerken, daß die Gesamt-einnahmen 2788.77 Mk. betragen. Dem steht eine Ausgabe von 2000.85 Mk. gegenüber, darunter 1575.50 Mk. an die Kassenkasse, so daß ein Kassenbestand von 185.92 Mk. verbleibt.

